

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Lohnschere: So dreist zocken Manager und Aktien-Besitzende ab. Seite 9

«Wo ist unser Geld?»

«Schär + Trojahn»-Büezer sind wütend und verzweifelt.



Wirtschaftskrimi um Berner Traditionsfirma: Auftragsbücher voll – Lohnkonto leer. Seite 3

Gegen Chaos & Lohndumping
So energisch bekämpft die Unia die lohndrückende SVP-Initiative. Seite 2

Für Züge statt Zerstörer
Die Unia fordert Industriepolitik statt Waffenexport-Förderung. Seiten 12–13

Keine Kraft für Karriere

Die Menopause ist ein grosses Tabu-Thema. Das hat in der Arbeitswelt üble Folgen. Seite 7



FOTOS: MANU FRIEDRICH / GETTY IMAGES / ADOBE STOCK



workedito
Anne-Sophie Zbinden

MONSTER, SÜNDENBÖCKE UND KÖNIGINNEN

Es gibt Geschichten, die sind so haarsträubend, dass sie nur das echte Leben schreiben kann. Zum Beispiel jene des Gastrochefs, der seine Mitarbeiterinnen mit Sex-SMS belästigt (Seite 11). Oder der Treuhänder, der – alles andere als treu – die Bützer der ihm anvertrauten Firma im Regen stehen lässt (Seite 3). Oder ein SVP-Chef, der derart plump argumentiert, dass es schon fast eine Freude wäre, wenn es denn nicht um eine brandgefährliche Initiative ginge. So geschehen kürzlich im Schweizer Radio.

TYPISCH. SVP-Präsident Marcel Dettling gibt ein Interview zur «Nachhaltigkeitsinitiative». Sein

Mantra: Die Ausländer, die Ausländer, die Ausländer sind schuld. An explodierenden Mieten, Stau und Problemen in ganz «vielen Lebensbereichen».

SVP-Mantra:
Die Ausländer, die Ausländer, die Ausländer sind schuld.

Typisch SVP-Vereinfachungsmethode. So weit, so erwartbar. Schockierend nur, wie weit das «Problem Ausländer» in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das hat die Monsterdebatte im Nationalrat über diese SVP-Initiative gezeigt.

ZUFÄLLIG. Aber dann, als die Moderatorin Dettling fragt, wann er letztmals persönlich froh um die Arbeit eines Ausländers oder einer Ausländerin gewesen sei, folgt die überraschende Antwort: «Ich habe vor allem Freude, wenn sie hierherkommen und arbeiten.» Aber Herr Dettling, dann ist ja alles in bester Ordnung! Sie können Ihre Chaos-Initiative zurückziehen. Oder zugeben, dass Migrantinnen und Migranten, insbesondere Geflüchtete, als Sündenböcke herhalten müssen, wenn Sie doch in Wirklichkeit lieber gleich allen Lohnabhängigen an den Kragen wollen (Seite 2). Denn: Der überwiegende Teil der Menschen kommt aus der Europäischen Union in die Schweiz, um hier zu arbeiten. Ihr Anteil betrug zwischen 2011 und 2023 gut 87 Prozent, schreibt das Bundesamt für Statistik (BFS). Der Asylbereich macht für die letzten 12 Jahre nur 13 Prozent der Einwanderung aus. Letztere sind Menschen, lieber Herr Dettling, die vor Bomben, Hunger und Hoffnungslosigkeit geflohen sind. Das würden Sie auch tun, wenn Sie nicht zufällig in der Schweiz geboren worden wären. Und damit werden Sie schon langsam zur Rarität.

REKORDTIEF. Denn die Geburtenrate sinkt in der Schweiz und liegt gegenwärtig bei rekordtiefen 1,3 Kind pro Frau. Fakt ist: Der Hauptgrund für das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist die Migration. Das BFS berechnet Szenarien für die Bevölkerungsentwicklung 2025 bis 2055. Für 2055 sind demnach 107 000 Todesfälle zu erwarten und 89 000 Geburten. Das heisst: Es sterben mehr Menschen, als geboren werden. Die Bevölkerung wird schrumpfen.

SEHNSÜCHTIG. Doch Dettling vereinfacht munter weiter: Der Wohlstand schrumpfe, sagt er im Interview. «Jeder in der Schweiz hat weniger», natürlich wegen der «Ausländer». Aber nein, Herr Dettling, nicht jeder und auch nicht jede. Ganz oben gibt es Könige und einige wenige Königinnen, die ihre Kronen jedes Jahr mit ein paar zusätzlichen Diamanten schmücken können (Seite 9). Und damit wir weiterhin Menschen haben, die pflegen, putzen und bauen, schwebt der SVP ein Kontingentsystem vor. Auf die Frage, ob dadurch nicht ein neues Bürokratiemonster entstehen würde, antwortet Dettling entlarvend ehrlich: «Das ist alles schon bereit.» Und begründet das mit den Kontingenten aus Drittstaaten, meint aber wohl: Das hatten wir schon – mit dem menschenverachtenden Saisonierstatut, zu dem die SVP so gerne zurückmöchte.

«Nachhaltigkeitsinitiative» gefährdet alle Löhne in der Schweiz Klare Kante gegen Dumping und Fremdenfeindlichkeit

Der Nationalrat lehnt die «10-Millionen-Schweiz» der SVP erwartungsgemäss ab. Am Morgen vor der Debatte machte die Unia mit einer Aktion auf die wahren Ziele der SVP aufmerksam. Und kündigte energischen Widerstand an: auf der Strasse, in den Betrieben und an den Wahlen.

CLEMENS STUDER

Die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP ist ökologisch-heimatschützerisch über-tünchte Fremdenfeindlichkeit. Nachhaltig ist an ihr einzig die Gefahr für alle Löhne in der Schweiz. Ein Ja würde zuerst bei 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu einer extrem harten Asylpolitik führen, faktisch zu einer Abschaffung des Flüchtlingsstatus. Und ab 10 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen hätte sie für alle fatale Folgen. Alle Schweizer Löhne kämen unter Druck, und die Arbeitsbedingungen würden generell erheblich verschlechtert.

Die Debatte zeigte die Verlogenheit der Initianten.

Das ist das wahre Ziel der SVP. Noch vor wenigen Jahren haben die Milliardärinnen und Multimillionäre, die das Sagen haben in der SVP, das offen zugegeben. Zum Beispiel an der Lancierungsmedienkonferenz der Kündigungsinitiative am 30. Januar 2018. Da sagte SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi, es gehe darum, «die flankierenden Massnahmen rückgängig» zu machen. Die «Kündigungsinitiative» wurde dann am 17. Mai 2020 verdienterweise vom Volk klar versenkt. Jetzt versuchen es die Rechtsnationalisten unter einem anderen Deckmäntel. Gemeinsam mit einem verantwortungslosen Teil der Arbeitgeberchaft wollen sie zurück zum Kontingentsystem. Zurück zum unmenschlichen Saisonierstatut. Zurück zur Barackenschweiz.

Denn die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne würde wegfallen. Und genau das ist das wahre Ziel der SVP.



«WOLF IM SCHAFSPELZ»: Unia-Aktion am 22. September vor dem Bundeshaus, bevor der Nationalrat die «10-Millionen-Initiative» der SVP debattierte. FOTO: MANU FRIEDERICH

Wer heute die Rückkehr zu Kontingenten fordert, will nicht die Zuwanderung begrenzen – das hat dieses System nie geschafft. Es geht um etwas anderes: die Schaffung eines Zweiklassensystems auf dem Arbeitsmarkt, um alle Löhne zu drücken und die Klasse der Arbeitnehmenden zu spalten.

WIDERSTAND

Die Debatte im Nationalrat gab einen ersten Ausblick darauf, wie verlogen die Kampagne von den Initianten geführt wird. Bezahlbare Mieten, tiefere Krankenkassenprämien, bessere Jobs, höhere Renten und gesündere Böden sind alles wichtige Anliegen. Und alles Anliegen, gegen die sich die Milliardärs-SVP heftig wehrt. Ausser, sie kann es «den Ausländern» in die Schuhe schieben.

Dagegen leisten die Gewerkschaften mit aller Kraft Widerstand. Die Unia hat vor dem Bundeshaus auf die schädlichen Folgen der Initiative aufmerksam gemacht. An der Aktion erklärte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Hinter dem trügerischen Schein der SVP-Initiative verbirgt sich ein Frontalangriff auf die Rechte der Arbeitnehmenden, denn die Personenfreizügig-

keit und die damit verbundenen flankierenden Massnahmen würden abgeschafft. Die Unia wird den Schutz der Löhne in der Schweiz mit aller Kraft verteidigen und sich gegen das Chaos wehren, das diese extreme Initiative verursachen würde.»

SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

Bereits am 13. September hat die SGB-Migrationskonferenz eine deutliche Resolution verabschiedet (hier nachzulesen: rebrand.ly/resolution-sgb). Darin steht: «Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ist jedoch nur der erste Schritt des Angriffs auf alle Werk-tätigen. Als Gewerkschaftsbewegung begegnen wir diesen Angriffen mit dem, was uns stark macht: Solidarität, kollektive Organisation und Mobilisierung sowie Kampf für eine gerechte Verteilung des Reichtums. Eine Spaltung der Arbeitnehmenden nach Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus werden wir niemals akzeptieren. Alle, die in der Schweiz arbeiten, gehören der Klasse der Arbeitnehmenden an. Sie verdienen Schutz, Respekt und Anerkennung.»

Dies wird in den kommenden Monaten bis zur Abstimmung über die SVP-Initiative noch zentraler sein als sonst.

Theater Basel: Neuer GAV bringt 40-Stunden-Woche und höhere Löhne Die etwas andere Premiere

Es dauerte zwei Jahre, aber jetzt ist er da: Die technischen Mitarbeitenden im Theater Basel haben einen neuen, besseren GAV.

CHRISTIAN EGG

Das gab es in der Schweiz noch nie: Ein Betrieb gibt sich einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), und an den Verhandlungen können alle Mitarbeitenden teilnehmen. An dieses Experiment wagte sich das Theater Basel mit seinen rund 250 Bühnenmalerinnen, Kostümschneiderinnen, Garderoben- und anderen technischen Mitarbeitenden. Unterstützt haben sie die Gewerkschaften Unia und VPOD. Jetzt, nach zwei Jahren und 35 Verhandlungsrunden, steht der neue GAV.

Das neuartige Format der offenen Verhandlungen hat zum Ziel, dass sich alle Mitarbeitenden, die das wollen, direkt am Aushandeln der neuen GAV-Bestimmungen beteiligen können. Jede technische Abteilung bestimmte ihre Delegierten. Dadurch habe eine sehr



GEMEINSAM VIEL ERREICHT: Das technische Personal des Theaters Basel freut sich über den neuen GAV. FOTO: UNIA

grosse Zahl Beteiligter um den GAV gerungen, sagt Marijana Radmanovac von der Unia Basel.

Die Verhandlungen fanden vor Publikum statt.

«Am Tisch sass jeweils 30 bis 35 Delegierte – allein auf der Seite der Arbeitnehmenden.» Mehr noch: Alle technischen Mitarbeitenden konnten

als Gäste an den Verhandlungssitzungen teilnehmen.

VIELE VORTEILE. Für Sina Deiss vom VPOD hat das Format klare Vorteile. Zu jeder Frage, die auftauche, seien Expertinnen und Experten anwesend, die wüssten, wie es in ihrer Abteilung laufe. Das Publikum aus den Mitarbeitenden bekomme zudem direkt mit, wie die Arbeitgeber reagierten.

Mehrmals haben die Mitarbeitenden gemeinsam Aktionen durchgeführt, um Druck auf die Leitung zu machen. (work berichtete: rebrand.ly/theater-gav)

TIEFSTE LÖHNE STEIGEN. Und diese Verbesserungen bringt der neue GAV: Die Wochenarbeitszeit sinkt von 42 auf 40 Stunden. In den Abteilungen mit den tiefsten Löhnen, der Garderobe und der Reinigung, gibt es Lohnerhöhungen für alle. Dazu kommen ein besserer Kündigungsschutz und strengere Regeln gegen Kettenverträge. Das sind befristete Arbeitsverträge, die nach Ablauf erneut durch einen befristeten Vertrag ersetzt werden. Neu gilt: Nach dem zweiten befristeten Vertrag haben Mitarbeitende Anspruch auf eine unbefristete Stelle.

Für Unia und VPOD ist klar: Der neue Vertrag ist ein Meilenstein. Und gleichzeitig ein Signal. Gewerkschafterin Deiss sagt: «Was hier gelungen ist, kann und wird auch andersorts Schule machen.»

VOR DEM BÜRO VON TREUHÄNDER HAGMANN: Die Büezer wollen Antworten. Die Verantwortlichen lassen sie im Regen stehen. FOTO: DAK



Streik wegen Lohnausfall bei Traditionsbetrieb Schär & Trojahn

Verwaltungsräte tauchen ab – Büezer sind wütend

Die Berner Traditionsbude Schär & Trojahn ist in der Branche eine bekannte Grösse. Trotz vollen Auftragsbüchern steht die Firma vor dem Aus. Alles deutet darauf hin: Mit dem Geld des Betriebs wurde gefuscht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es gleicht einem Krimi, was sich in den vergangenen Tagen beim Natursteinbetrieb Schär & Trojahn in Niederwangen BE ereignete: Die Auftragsbücher der Traditionsfirma sind voll, die Büezer leisten Überstunden, der Betrieb läuft scheinbar ganz normal. Doch dann platzt die Bombe: Einen Tag bevor die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Septemberlohn erhalten hätten, werden sie informiert: Die Firma ist pleite. Für die Büezer ein Riesen-schock. Pedro Held (60), im Betrieb Pesche genannt, sagt zu work: «Am Anfang dachte ich mir einfach nur: Das kann ja nur ein schlechter Witz sein! Aber es war leider kein Witz.» Der Monteur hat sich seine letzten Jahre vor der Pensionierung entspannter vorgestellt.

Wie es zu diesem Desaster kommen konnte, ist noch unklar. Auffällig ist aber: Zehn Tage vor dieser Hiobsbotschaft zogen sich der Verwaltungsratspräsident Marc Hagmann und der Vizepräsident Beat Zaugg aus dem Unternehmen zurück. Im Raum steht der Vorwurf der

Misswirtschaft, was rechtlich noch zu klären ist. Dass die Firma jedoch in millionenhohen Schulden steckt, ist heute schon klar. Salvatore Calabretta (52) ist sein halbes Leben bei Schär & Trojahn in der Werkstatt tätig. Bereits sein Vater hat hier gearbeitet, und seine Mutter hat den Betrieb jahrelang gereinigt. Er sagt: «Diese Botschaft war eine richtige Bombe. Alle Mitarbeiter in der Werkstatt wissen, was wir hier tagtäglich produzieren. Zu hören, dass wir jetzt zahlungsunfähig sind, ist für uns unvorstellbar.»

Zu Gründerzeiten Anfang des 19. Jahrhunderts stand noch kein Verwaltungsrat hinter der Firma. Auch nicht unter dem letzten, von den Büezern hochgeschätzten Patron Rolf Trojahn. Vor seinem Tod 2018 legte er das Schicksal seiner Firma in die Hände von Verwaltungsratspräsident Hagmann. Dieser versprach, Sorge zum Unternehmen zu tragen. Das Resultat: der Bankrott.

SELBSTORGANISATION FÜHRT ZUM STREIK

Vergangenen Mittwochmorgen wurde die Belegschaft über die Zahlungsunfähigkeit informiert, am selben Tag fand eine Personalversammlung statt. Kurzerhand wurde ein Streiktag beschlossen. Pikant: Der Geschäftsführer Anthony Mingler ist seit diesem Tag krank geschrieben. Ohne Geschäftsführer hat die Firma keine Leitung mehr, und die Büezerinnen und Büezer sind somit auf sich selbst gestellt.

Für den Streiktag haben die Büezer zwei Grabsteine für die Ex-Verwaltungsräte Zaugg und Hagmann gemeisselt. Sie stehen symbolisch für den Untergang von Schär & Trojahn. Am Freitagmorgen um 7.00 Uhr stehen die Maschinen in der Werkstatt still. Der Betrieb ist lahmgelegt, draussen werden Transpis und Ab-sperrbänder montiert.

Für Giovanni Greco (34) ist das eine belastende Situation: «Das ist das erste Mal, dass ich einen Streik miterlebe. Für mich ist das eine emotionale Angelegenheit. Die Bude mit Ab-

sperrband dichtzumachen hat mich sehr getroffen.» Greco kennt die Firma in- und auswendig. Sein Onkel und sein Vater haben hier gearbeitet, als kleiner Bub hat er sie oft bei der Arbeit besucht. Er und seine Arbeitskollegen, das sei mehr als ein gewöhnliches Team. Sie sind eine grosse Familie. «Ich hätte es nie geglaubt, dass einer Bude wie Schär & Trojahn das Geld ausgehen kann. Diese Bude war mächtig, wir waren schweizweit bekannt. Und jetzt ist alles kaputt», so Greco.

NULL FRANKEN EINKOMMEN

Mit den Grabsteinen im Gepäck machen sich die Büezerinnen und Büezer auf den Weg zu Zaugg und Hagmann. Sie wollen die Herrschaften zur Rede stellen. Denn auch in diesem Monat müssen sie Miete, Krankenkasse, Essen, Steuern und vieles mehr bezahlen. Mit null Franken Einkommen unmöglich. Architekt und Ex-Verwaltungsrat Beat Zaugg ist zwar im Büro, zeigt sich aber erst nach einem hektischen Hin und Her verhandlungsbereit. Er setzt sich mit drei Büezern an einen Tisch.

Danach geht's zu Hagmanns Büro. Dort heisst es, er sei in den Ferien. «Sünnele», aber die Büezer im Regen stehen lassen! Den Grabstein deponieren sie vor der Türe seines Treuhandbüros.

Über ihren Anwalt lassen Zaugg und Hagmann ausrichten: Am Untergang der Traditionsfirma tragen sie keinerlei Verantwortung. Und, an Zynismus kaum zu überbieten, sie betonen, dass für sie das Wohl der Firma und der Mitarbeitenden im Mittelpunkt stehe. Nicht sehr glaubwürdig, wenn sie 40 Mitarbeitende ohne Lohn in eine existenzbedrohliche Lage bringen.

«ALLES FÜR NICHTS»

Einzelchicksale, wie jenes von Nico Shabani (49), sind den Bossen egal. Shabani ist seit 34 Jahren bei Schär & Trojahn tätig. Als 15jähriger

Im Fokus: Wer sind diese Geschäftsmänner?

Marc Hagmann ist Treuhänder in Bern. Neben seinem eigenen Treuhandbüro ist er bei zehn weiteren Firmen involviert, darunter die bekannte Mattelift in Bern. In der Berner Altstadt hat Hagmann schon einmal gewütet: Als Inhaber hat er das Restaurant Krone im Herbst 2024 ebenfalls in den Konkurs getrieben, fünf Angestellte standen von einem Tag auf den anderen ohne Job da, wie die «Berner Zeitung» berichtete (rebrand.ly/RestaurantKrone).

DER ARCHITEKT. Beat Zaugg ist Architekt in Bern. Er sitzt im Architekturbüro Ramseier + Stucki in der Geschäftsleitung sowie im Verwaltungsrat. Daneben hat er noch Verwaltungsratsposten in vier weiteren Firmen. (dak)

hat er hier eine Anlehre gemacht, sich stetig weitergebildet. Und wurde zum festen Bestandteil der Firma. Er sagt: «Ich bin fassungslos, was hier passiert. Ich bin Vater von vier Kindern und muss jetzt nach vorne schauen!» Am Sonntag hat er seine Kündigung geschrieben. Beim Unterschreiben haben seine Hände gezittert. Das erste Mal in seinem Leben wechselt er den Arbeitgeber, das wird eine schwierige Umstellung für ihn. «Ich habe immer mit viel Freude krampfet – und jetzt war das alles für nichts», sagt er.

Laut Alain Gysi, Co-Leiter der Unia-Sektion Bern, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Konkurs für Schär & Trojahn eröffnet wird und sich ein Sachverwalter ein genaues Bild von der finanziellen Situation machen kann. Die Gewerkschaft bietet den geprellten Büezern ihre Unterstützung, wo sie kann. Viele von ihnen suchen so schnell wie möglich einen neuen Job.

Gegen gezielte Tötungen

BERN. Syndicom übt scharfe Kritik am Bundesrat. Die Mediengewerkschaft hatte gefordert, die Regierung müsse dringend auf Israels Behörden einwirken, um «die gezielten Tötungen von Medienschaffenden durch die israelische Armee» zu beenden. Seit Beginn des Gazakriegs 2023 seien schon 245 Presseleute umgekommen. Nun hat Ausenminister Ignazio Cassis geantwortet. Syndicom kritisiert, das Schreiben habe blossen «Symbolcharakter». Der Bundesrat zeige sich zwar besorgt und behaupte, sich einzusetzen. Wie, bleibe jedoch «diffus».

Verkauft Nestlé Wassermarken?

VEVEY. 150 Mitglieder der Internationalen Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter (IUL) protestierten Ende September zusammen mit der Unia Waadt vor dem Hauptsitz von Nestlé. Das Motto: «Die Zukunft der



PROTEST: Gewerkschafter vor dem Nestlé-Hauptsitz. FOTO: OLIVIER VOGELSANG

Beschäftigten von Nestlé Waters steht nicht zum Verkauf! Wegen des geplanten Verkaufs der Nestlé-Tochter mit Wassermarken wie San Pellegrino, Henniez oder Vittel befürchtet die IUL eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von 5500 Mitarbeitenden von Nestlé Waters in Europa. Bei einem Treffen zwischen der IUL und dem Nestlé-Management soll ein Konsultationsverfahren angestossen werden.

Streik der Rettungsschwimmer

MALLORCA/IBIZA. Die Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer der spanischen Ferieninseln sind in einen unbefristeten Streik getreten. Mit der Gewerkschaft Unió Socorristes Balears protestieren sie gegen niedrige Löhne, befristete Verträge und Arbeitszeiten von zum Teil mehr als 200 Stunden im Monat. Sie machen auch auf die überhöhten Mieten auf den Ferieninseln aufmerksam. Die konservative Balearen-Präsidentin kümmere sich nicht um die Wohnungsnot und verteile die Tourismus-Einnahmen nicht fair.

Staatsgeld für Schreinerzentrum!

ZÜRICH. Das Schreiner-Ausbildungszentrum Zürich (SAZ) steht vor dem Aus. Um die Zukunft zu sichern, brauche sie bis Anfang Oktober 300 000 Franken, warnte die 130jährige Institution. Ein Crowdfunding hat bisher erst 46 000 Franken eingebracht. Der Schreinermeisterverband teilte mit, die Finanzierung sei nicht seine Aufgabe. Auch von Stadt und Kanton, beides ehemalige Financiers, kam keine Hilfe. Das bringt die junge Lernendenbewegung Scorpio auf die Palme. Sie protestierte vor dem Zürcher Gemeindeparlament und forderte: «Kohle her! Dieser Ausbildungsbetrieb für über 40 Lernende muss bleiben!»

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Migrationskonferenz als Auftakt gegen die SVP-Initiative



GEMEINSAM STARK: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Migrationskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Bern. FOTO: MANU FRIEDERICH

Mitte September haben die Gewerkschaften ihre Abwehrkräfte gegen die brandgefährliche SVP-«Nachhaltigkeitsinitiative» gebündelt. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard sprach als Eröffnungsdiskussion der Migrationskonferenz: «Die Schweiz lebt von der Migration. Menschen, die bei uns einreisen, um hier zu arbeiten. Und um hier zu leben. Das müssen wir schützen!»

«Die SVP ruft eine Krise hervor und bietet eine vermeintliche Lösung.»

HISTORIKER DAMIR SKENDEROVIĆ

Damir Skenderović, Historiker an der Uni Freiburg, kennt die Muster der Rechten: «Die SVP ruft eine Krise hervor und bietet der Stimmbevölkerung eine vermeintliche Sofortlösung.» Das war

vor genau 55 Jahren auch der Fall: Mit der Schwarzenbach-Initiative wollten die Rechten den Ausländeranteil auf 10 Prozent beschränken. Damit hätten 350 000 Arbeitende das Land sofort verlassen müssen. Mit dem rassistischen Abstimmungskampf wurde die Schweiz damals von einer Welle des Fremdenhasses überflutet. Als Reaktion auf die Podiumsdiskussion der Migrationskonferenz fragte ein Gewerkschaftsmitglied aus dem Publikum: «Wann werden wir Migrantinnen endlich aufhören können, nur auf Angriffe zu reagieren, und stattdessen die Möglichkeit haben, auch selbst Forderungen zu stellen?» Genau darum ging es im zweiten Teil der Konferenz.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/sgb-mk)
rebrand.ly/sgb-mk

Regierung befreit koreanische Arbeiter

Die koreanische Regierung mietete kurzerhand einen Jumbo-Jet und brachte über 300 festgenommene koreanische Arbeiter nach einer Woche Gefängnis in den USA zurück in ihre Heimat. Trumps ICE-Truppen hatten die Fabrikarbeiter Anfang September bei einer Grossrazzia in einer Batteriefabrik von Hyundai und LG im US-Bundesstaat Georgia festgenommen und in Handschellen abgeführt. Die Menschen in Südkorea betrachten das Vorgehen der US-Behörden als riesigen Skandal und als einen Verrat. Seil Oh (49) arbeitet beim koreanischen Gewerkschaftsbund FKTU. Zu work sagt er: «Die Razzia hat die Menschenrechte der Arbeiter auf gravierende Weise verletzt. Viele verfügten über gültige Arbeitsbewilligungen. In Südkorea hat die Trump-Regierung mit dieser Aktion jegliches Vertrauen verspielt.»



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/razzia)
rebrand.ly/razzia

Security-Branche bleibt Flickenteppich

Die Sicherheitsbranche bleibt vogelfrei. Jeder Kanton hat sein eigenes, dürres Reglement. Und in Schwyz, Glarus, Zug und Obwalden braucht es gar keine Bewilligung. Absurd: Firmen von dort dürfen auch in regulierten Kantonen wildern, ohne deren Regeln zu beachten. Das wollte die Branche ändern – mit Unterstützung von Unia und Syna. Eine entsprechende Motion fand Unterstützung bei Bundesrat, Nationalrat und sogar den kantonalen Justizdirektionen. Doch eine FDP-SVP-Mitte-Mehrheit des Ständerats sah

Kein Verständnis für Baumeister: Das Netz supportet die Búezer

Der Baumeisterverband hält an seinem búezerfeindlichen Kurs fest. Er will den Landesmantelvertrag (LMV) weiter aushöheln. In einer Videoumfrage von work auf Berner Baustellen lassen die Búezer kein gutes Haar an den Plänen der Meister. Und die Mehrheit der Menschen auf Social Media solidarisieren sich mit ihnen. Einen Auszug der Kommentare drucken wir hier ab, für mehr besuchen Sie uns auf Instagram und Tiktok.



@workzeitung

Solche Vorschläge kommen sicher von Menschen, die noch nie auf dem Bau gearbeitet haben. Ihr müsst kämpfen, unbedingt!
Vespucci

Firmenchefs, denkt daran: Wenn euch das Fachpersonal wegläuft, könnt ihr euren Betrieb irgendwann schliessen.
FrenchcoreHarcoreBEFR

So wird es immer schwieriger, noch Nachwuchs zu finden.
mxteamgreutmann

Jaa... Sorgen wir doch dafür, dass die Reichen noch reicher werden.
Reb.U

Ich bin dafür, den Baumeisterverband abzuschaffen.
qaswed12340

Geiler Tiktok-Kanal. Búezer unterstützen, dann komme ich vielleicht zurück auf den Bau.
Stegotoski

4,5-Tage-Woche ist die Zukunft auf dem Bau.
Dani



den Föderalismus in Gefahr und beredigte das Geschäft. Auch SP-Querulant Daniel Jositsch verhalf zum hauchdünnen Mehr.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/security-regeln)
rebrand.ly/security-regeln

Als die Schweiz nach «reinen» Saisoniers suchte

Bis Anfang der 1990er Jahre führte die Schweiz bei Saisoniers systematische Gesundheitschecks durch.

Im Grenzsanitätszentrum Buchs-Birkenau SG mussten sich täglich bis zu 1500 Personen diesen entwürdigenden Kontrollen unterziehen. Die kantonale Denkmalpflege hat zum Europäischen Tag des Denkmals an diesen geschichtsträchtigen Ort geladen. «Das Gebäude ist ein zentraler Schauplatz in der Schweizer Migrationsgeschichte», sagte der Architekt Manuel Medina Gonzalez, der zusammen mit der Architektin Lucia Bernini durch die Geschichte und das Gebäude führte. Die Grenzsanität war exakt symmetrisch aufgebaut, mit einer Schleuse in der

Mittelachse, die den «unreinen» südlichen Teil vom «reinen» nördlichen Teil der Anlage trennte. Heute deutet fast nichts mehr auf die frühere Funktion des Gebäudes hin. Auch einen offiziellen Ort zur Erinnerung an das menschenverachtende Migrations- und Grenzregime und zur Sichtbarmachung der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Saisoniers sucht man in der Schweiz bisher vergebens.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/buchs)
rebrand.ly/buchs

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Walzenführer Emmanuel Trüeb (27) über die Forderungen der Baumeister:

«Jo, schlüft's?»

Dem Bau laufen die Leute davon, Stress und Risiken steigen abermals. Der Ausweg aus dem Teufelskreis? Liegt auf der Hand, sagt Strassenbauer Emmanuel Trüeb.

JONAS KOMPOSCH

Emmanuel Trüeb ist kein Mann der hochtrabenden Worte. Der gelernte Strassenbauer aus Dietlikon ZH spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. «Jo, schlüft's eigetli!» entfährt es ihm auf die Frage, was er über die Baumeisterpläne zur Abschaffung des Samstagzuschlags hält. Und: «Ich habe den Herren gleich gesagt, damit könnt ihr abfahren, das wird nie im Leben funktionieren!» Trüeb fadengrad. Der Kritiker, der selbst vor den Chefs kein Blatt vor den Mund nimmt. Aber Trüeb ist auch ein leidenschaftlicher Berufsmann, einer mit Stolz, der sagt: «Strassenbauer ist eigentlich ein megaschöner Beruf – und die Teams sind oft wie Familien!» Die organisierten Bauleute der Unia fanden jedenfalls Gefallen am jungen Kollegen. Und wählten ihn in die Verhandlungsdelegation, die jetzt mit den Meistern einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) ausmarchen soll. Als «einfacher Buezer» in der hohen Vertragspolitik, das sei schon speziell, sagt Trüeb. Aber auch wichtig, denn niemand sonst wisse ja aus unmittelbarer eigener Erfahrung, wie es draussen zu- und hergehe. «Die Gewerkschaftssekretäre nicht und die Arbeitgeberfunktionäre noch viel weniger», sagt Trüeb. Wie also steht's um den Bau?

«SCHLECHTWEITER GIBT'S NICHT»

Die Fakten lägen ja schon lange auf dem Tisch, sagt Trüeb, und sie gleichen sich seit Jahren: «Oben volle Auftragsbücher, immer mehr Baugesuche, fette Umsätze.» Doch unten, da gehe die Rechnung immer weniger auf. Die Stimmung in den Equipen sei mittlerweile richtig angespannt. Der Grund: Stress, Personalmangel, lange Arbeitstage. Und dies seien alles Faktoren, die sich gegenseitig bedingen und noch multiplizieren. War das denn nicht immer so? «Doch», meint Trüeb, «aber es hat sich enorm verschärft.» Das spüre selbst er mit seinen erst zehn Jahren Erfahrung, davon die letzten fünf als Walzenführer. «Wie öffnet man ein Bier mit dem Meter: Das war das erste, was man mir beigebracht hat, als ich damals begann.» Er wolle nicht den Alkoholmissbrauch schönreden, aber heute herrsche eine Hektik, die ebenfalls ungesund sei. «Es heisst nur noch, ihr müsst fertig werden. Und Schlechtwetter gibt's erst recht nicht mehr!»

Bitte, was? Die Rede ist von der Einstellung der Arbeit bei Wind, Starkregen, Extremhitze oder Schnee. Trüeb sagt: «Als ich noch frisch auf dem Bau war, hatten wir mal einen Winter, da war ich auf dem Kipper nur noch am Driften, so viel Schnee lag da. Als der Polier mich so gesehen hat, brach er die Übung ab, und wir konnten alle heim.»

DAS FORDERT DIE UNIA:

- **Generelle Lohnerhöhungen und die Einführung des automatischen Teuerungsausgleichs.**
- **8-Stunden-Tag und Verdoppelung der Zuschläge für die ausserfernde Samstagarbeit.**
- **Eine bezahlte Znüni-Pause, wie sie in anderen Branchen längst Standard ist.**
- **Voll bezahlte Reisezeit vom Betrieb zur Baustelle. Heute zählt diese nicht zur Arbeitszeit, und eine halbe Stunde pro Tag wird gar nicht bezahlt, was dem Gesetz widerspricht.**
- **Hitzefrei ab 33 Grad, falls die Baustelle nicht beschattet werden kann.**



EIN BÜEZER AM VERHANDLUNGSTISCH: Strassenbauer Emmanuel Trüeb ist Teil der Delegation, die mit den Baumeistern den neuen LMV aushandelt. FOTO: RAJA LÄUBLI

Heute gebe es so was kaum noch, denn auch die Poliere stünden unter immer höherem Druck. Von den Bauführern, die wiederum penible Kundschaft im Nacken hätten.

NACHT IM BUDENKARREN

Gerade im Strassenbau seien Arbeitsunterbrüche nicht gern gesehen. Trüeb erklärt: «Wenn du einen Deckbelag asphaltierst und dann mittendrin die Maschine zusammenpackst, hinterlässt das immer eine Fuge auf der Strasse. Das sieht kein Kunde gern.» Deshalb heisse es oft einfach: Durchziehen! Trüeb gibt ein Beispiel: «Einmal haben wir um 7 Uhr morgens angefangen und bis 1 Uhr nachts durchgemacht; dann durften wir pennen, zu viert im Budenkarren, und am nächsten Tag ging's von neuem los.» Bei den Jungen sinke die Bereitschaft zunehmend, sich unter solchen Bedingungen zu verheizen. Zu Recht, findet Trüeb. Tatsächlich zeigen Zahlen des Baumeisterverbands: Noch 2010 war fast jeder fünfte Bauarbeiter unter 30-jährig. Heute hat sich diese Altersgruppe mit 10 Prozent fast halbiert. Da gleichzeitig die Babyboomer in Pension gehen, verschärft sich der Fachkräftemangel zusätzlich. Und das sei lebensgefährlich, sagt Trüeb.

«ALLE DEN FINGER RAUSNEHMEN»

«Wir brauchen Leute mit Erfahrung, sonst wird es schnell kritisch.» Insbesondere bei Wetterumschwüngen. «Plötzlicher Regen beim Asphaltieren heisst Stress pur, denn Asphalt kühlt schnell ab.» Das sei eine heikle Situation, zumal man oft mitten im Strassenverkehr oder neben Fussgängern arbeite. Und weil eine Walze viele tote Winkel habe. Was passieren kann, habe jüngst ein

Kollege miterlebt: «Im Stress kam ein Lehrling unter die rückwärts fahrende Walze. Er war sofort tot, der Fahrer auf seinen 27 Tonnen hat es nicht einmal bemerkt.» Der blanke Horror sei das für alle Anwesenden gewesen. Und erst recht für die Angehörigen. Trüeb graut es davor. Und sagt deshalb: «Bei unsicherem Wetter sollte man uns gar nicht mehr einplanen.» Klar sei auch, dass es jetzt substantielle Verbesserungen der Arbeitsbedin-

«Wir opfern unsere Gesundheit, mit 60 sind wir durch.»

BÜEZER EMMANUEL TRÜEB

gungen brauche. «Um neue Leute anzuziehen, die Profis zu halten, aber auch um unsere Arbeit zu würdigen.» Denn eines sei klar: «Wir können uns schützen, wie wir wollen, unsere Gesundheit opfern wir ja doch, mit sechzig sind wir durch!»

Doch Trübsal blasen mag Trüeb nicht. Zumal die Lösung auf der Hand liege. «Es braucht einfach menschlichere Arbeitszeiten, damit man noch was hat vom Leben und der Familie.» Eine solche nämlich will Trüeb auch einmal gründen. Noch wüsste er nicht, wie er das mit seinem Job vereinbaren sollte. Zu viel Samstagarbeit und zu lange Arbeitstage mit anschliessenden Staustunden im Feierabendverkehr. Immerhin: Trüeb hat bereits Angebote aus anderen Branchen erhalten. Attraktiv seien diese durchaus. Aber noch glaube er an einen möglichen Wandel. Und an die Kraft der vereinigten Bauleute. Trüeb sagt: «Die Probleme sehen alle, motzen tun auch alle, jetzt müssen einfach auch alle den Finger rausnehmen. Ich bin parat!»

Das sagen die Baubüezer «Sollen sie doch selber mal ins Loch!»

work war wieder auf Baustellen-Tour, diesmal im Berner Länggasse-Quartier. Von den Bauarbeitern wollten wir wissen, was sie von den neusten LMV-Änderungsvorschlägen des Baumeisterverbands halten.

Der Baumeisterverband will ...

... das Krankentaggeld von 90 auf 80 Prozent kürzen
«Super Sache! Dann hören wir halt einfach auf zu schaffen im Winter. Ganz einfach.»

... den Kündigungsschutz ab 55 abschaffen

«Ich finde, den Kündigungsschutz braucht es schon ab 50! Es gibt viele Ältere, die 30 oder sogar 40 Jahre in einer Unternehmung sind. Die haben die Frühpension doch verdient! Aber ich kenne Fälle, bei anderen Firmen, da wurden solche Leute drei Jahre vor der Pension auf die Strasse gestellt, ohne jede Perspektive. Das finde ich einfach nicht korrekt.»



Und generell? Was braucht der Bau?

«Im Sommer braucht es eine Hitzeregelung. Man sagt zwar, wir haben alle Stunde eine Viertelstunde zugut für eine Hitzepause. Doch wenn die Leute uns sehen, wie wir irgendwo im Schatten hocken, verstehen sie die Welt nicht mehr. Es muss jetzt eine Regelung her, die einfach sagt, ab 33 Grad ist fertig.»

Alexander Tschannen (37), Polier

Der Baumeisterverband will ...

... den Samstagzuschlag von 25 Prozent streichen

«Sollen sie, dann geht aber auch niemand mehr arbeiten am Samstag.»



Und generell? Was braucht der Bau?

«Weniger lange Arbeitstage und mehr Flexibilität, auch Pensen von 80 oder 70 Prozent sollten möglich werden!»

Levin, 23, Strassenbauer

Der Baumeisterverband will ...

... den gesamten Artikel zur beruflichen Weiterbildung aus dem LMV werfen und die heute garantierten 5 Tage Weiterbildungsurlaub pro Jahr abschaffen

«Das verstehe ich nicht, und es widerspricht doch auch dem Interesse der Firmen – sie haben ja überall zu wenig Vorarbeiter und Poliere. Wenn sie jetzt den Leuten noch den Weiterbildungsurlaub nehmen, ist das ein Schuss ins eigene Bein!»



Und generell? Was braucht der Bau?

«So, wie es jetzt ist, ist es nicht grundsätzlich. Aber man sollte mehr auf die Leute schauen, vor allem auf jene mit Familie. Und nicht noch mehr Zeitdruck reinbringen. Was wir brauchen, sind wieder mehr normale Baustellenzeiten, von sieben bis fünf, von Montag bis Freitag.»

Cyрил, 21, Strassenbauer

Der Baumeisterverband will ...

... den Samstag aus der Kategorie «arbeitsfreie Tage» streichen

«Das Wochenende sollte zur Erholung da sein. Dass es heute mehr Geld gibt für den Samstag, finde ich deshalb gut. Ohne den Zuschlag verschwindet der Anreiz, am Samstag zu arbeiten.»



... die Zuschläge für Sonntagsarbeit kürzen

«Die Zuschläge sind etwas vom Interessanten, das wir haben, weniger sollte es sicher nicht sein.»

Und generell? Was braucht der Bau?

«Man sollte unseren Standard mindestens beibehalten, man muss an die Jungen denken, dass auch noch neue Leute auf den Bau kommen, die meisten wollen heute ja nicht mehr viel arbeiten, lieber nur noch 60 statt 80 Prozent. Bei uns sollte man auch etwas in diese Richtung gehen. Oder wenigstens sollten jene, die 100 Prozent arbeiten, gut davon leben können.»

Pierre Alain Dietler (33), Polier



Die ganze Umfrage als Video und weitere Buezer-Stimmen finden Sie auf rebrand.ly/baubuezer

Neuste Umfrage der Lernenden im Gastgewerbe zeigt:

Überstunden-Flut vertreibt den Nachwuchs aus der Branche

Jetzt sprechen die Lernenden aus Küchen, Hotellerie und Hauswirtschaft: über Überstunden, Müdigkeit – und Drogen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Das neuste Lernenden-Barometer der Hotel & Gastro Union zeigt auf, wo bei den Lernenden der Branche der Schuh drückt. Dabei wurden 759 Lernende befragt. Sie absolvieren ihre Ausbildung in Küchen, in Hotellerie und Hauswirtschaft, in Bäckereien und Confiterien, in der Hoteladministration, der Restauration oder im Ser-

47 Prozent der Lernenden geben an, dass sie unausgeschlafen bei der Arbeit erscheinen.

vice. Besonders positiv fällt auf, dass 61 Prozent nach der Ausbildung gerne im Beruf bleiben würden. Dieser Wert sei um vier Prozent gestiegen im Vergleich zum Vorjahr, schreibt die Hotel & Gastro Union.

Doch auch die negativen Aspekte des Berufs bringt die Umfrage ans Tageslicht: Wegen akuten Personalmangels leisten 75 Prozent der Befragten viele und regelmässig Überstunden. Gerade in der Bäckerei und Confiterie sowie in der Hoteladministration sind die Prozentzahlen sehr hoch. Dort sind bei über 80 Prozent der Lernenden Überstunden ein wichtiges Thema. Für diese Belas-

tung zahlt die Branche einen hohen Preis.

SCHWERPUNKT MÜDIGKEIT

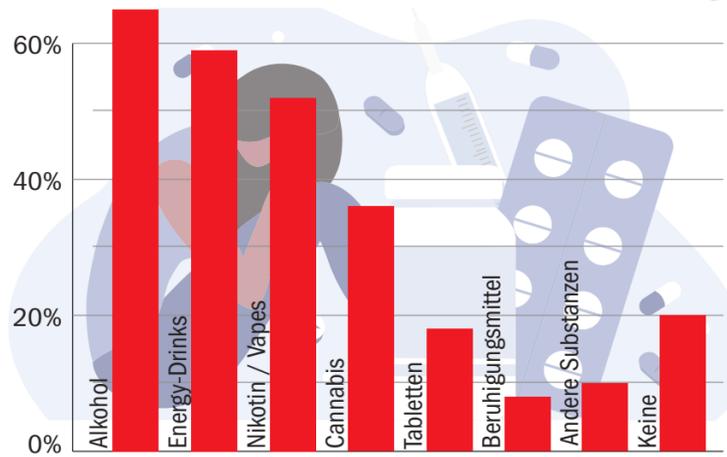
Die Arbeitszeiten gehören nämlich zu den Hauptgründen, warum der Berufsnachwuchs nach der Ausbildung die Branche verlassen will. Weitere Gründe sind schwierige Arbeitsbedingungen und fehlende Wertschätzung seitens der Vorgesetzten.

Die Umfrage unter den Lernenden befasst sich zudem mit dem Thema Müdigkeit. 47 Prozent geben an, dass sie unausgeschlafen bei der Arbeit erscheinen. Die Gründe: Stress, unregelmässige Arbeitszeiten, soziale Verpflichtungen und gesundheitliche Probleme (siehe Grafik rechts unten).

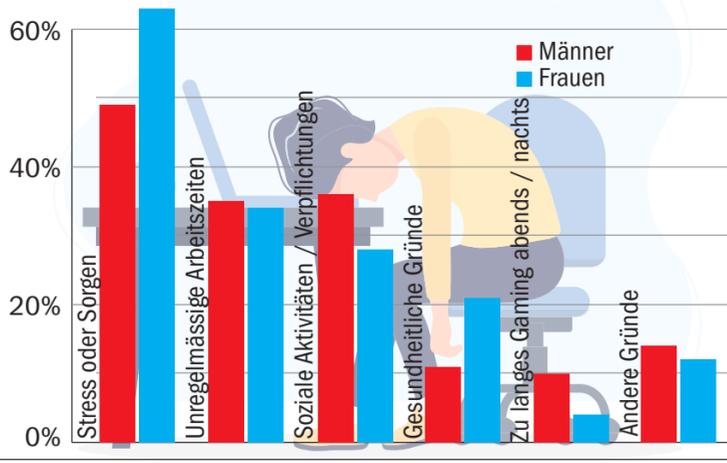
ALKOHOL UND ENERGY-DRINKS

Ein besonderes Extra der Befragung ist das Thema Sucht. Mit der Organisation «Akzent», Prävention und Suchttherapie Luzern, wurden die Jugendlichen zu ihrem Verhalten mit Gaming und Social Media befragt. Bei der Handynutzung geben 54 Prozent der Lernenden an, dass sie mehr als drei Stunden pro Tag am Handy verbringen. Beim Gamen geben die Hälfte der Befragten an, dass sie täglich mehr als eine Stunde zocken. Spannend ist zudem der Einblick, mit welchen Suchtmitteln Lernende im Gastgewerbe in Kontakt kommen (siehe Grafik rechts oben). Spitzenreiter sind Alkohol, Energy-Drinks und Nikotinprodukte. Nur 20 Prozent der Befragten geben an, mit gar keinen Suchtmitteln in Berührung zu kommen.

Mit diesen Suchtmitteln kommen die Lernenden in Berührung



Deshalb sind 47 Prozent der Lernenden fast täglich müde



DIE REAKTIONEN

8 WOCHEN FERIEN FÜR LERNENDE

work war an den Berufsmeisterschaften «Swiss Skills» in Bern unterwegs. Junge Menschen haben auf die Frage reagiert, was sie von 8 Wochen Ferien in der Lehre halten. Die Reaktionen waren durchgehend positiv. Besonders bei Jugendlichen, die sich zurzeit in der Berufswahl oder auf Lehrstellensuche befinden. Die Hauptargumente sind mehr Erholung und Fairness gegenüber Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die 13 Wochen Ferien haben.

ERFOLGREICH. Die Forderung nach 8 Wochen Ferien für Lernende hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) vergangenen Sommer ausgearbeitet und eine Petition lanciert. Über 170 000 Menschen haben innert weniger Wochen unterschrieben. Auch die Politik reagiert rasch. Ein Vorstoss, der in der Herbstsession besprochen wurde, fordert 6 Wochen Ferien für Lernende.

GAGA-IDEE. Doch es gibt auch Gaga-Vorschläge von rechts. So hat SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger vorgeschlagen, statt den Lernenden die Ferien zu erhöhen, den Mittelschülerinnen und -schülern die Ferien zu kürzen.

Die ganze Berichterstattung zu den nationalen Berufsmeisterschaften finden Sie hier: rebrand.ly/swisskills2025.

INSERAT



Noch 8mal umblättern, dann ist diese Zeitung fertig. Doch online geht's aktuell und exklusiv weiter. Bis work in 3 Wochen wieder in deinem Briefkasten aufschlägt, um aufgeschlagen zu werden.



work – die Stimme der Büez: 24/7 auf www.workzeitung.ch

Neue Studie über Tabu-Thema Wechseljahre: Keine Kraft mehr für Karriere

Die Menopause ist mit grosser Scham behaftet. Und es fehlt an Aufklärung. Denn in Gesundheitsfragen ist der Mann noch immer die Norm. Eine Pionierstudie zeigt die Folgen für Frauen am Arbeitsplatz auf.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Es sind die drei «M», welche das Leben einer Frau nicht nur im Privaten, sondern auch am Arbeitsplatz prägen können: Menstruation, Mutterschaft und Menopause. Während rund um die Themen Menstruation und Mutterschaft gesprochen, geforscht und gefordert wird, bleiben die Wechseljahre auf allen Ebenen ein blinder Fleck. Doch damit soll jetzt Schluss sein. Vor kurzem publizierte das Berner Inselspital gemeinsam mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und dem auf die Wechseljahre spezialisierten Unternehmen «The Women Circle» die erste schweizweite Studie. Die Forscherinnen und Forscher haben über 2000 berufstätige Frauen befragt, wie sie mit den Wechseljahren konkret am Arbeitsplatz klarkommen. Die Ergebnisse sind gravierend:

- 5,7 Prozent sind früher in Pension gegangen.
- 13,3 Prozent haben eine Auszeit genommen.
- 16,4 Prozent haben die Stelle gewechselt.
- 20,5 Prozent haben ihre Arbeitszeit reduziert.

Das bedeutet: Viele Frauen ändern während der Wechseljahre etwas an ihrem Anstellungsverhältnis. Das hat Folgen für die betroffene Frau, für das Unternehmen, aber auch für unsere Volkswirtschaft.

Wechseljahre sind auf allen Ebenen ein blinder Fleck.

Christine Michel, Fachsekretärin für Gesundheitsschutz der

Gewerkschaft Unia, sagt: «Diese Studie bringt viel Licht ins Dunkel. Wir wissen bereits von Gesprächen mit unseren Gewerkschaftsmitgliedern, dass die Wechseljahre einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitssituation haben. Über das Ausmass der Auswirkungen bin ich dennoch überrascht.»

1,5 MILLIONEN FRAUEN BETROFFEN

Die Wechseljahre bezeichnen die hormonelle Umstellungsphase rund um das Ende der Fruchtbarkeit. Diese Umstellung betrifft Frauen im Alter zwischen 40 und 65 Jahren, was in der Schweiz zurzeit 1,5 Millionen Frauen sind. Häufige Symptome sind Erschöpfung, Schlafstörungen, Reizbarkeit, Hitzewallungen oder depressive Verstimmungen. So viele Betroffene, und weiterhin ein solches Tabuthema, warum? Dazu sagt Unia-Frau Michel: «Gerade in Gesundheitsfragen ist der Mann die Norm. So sind geschlechtsspezifische Phänomene weniger auf dem Radar, was zu schwerwiegenden Folgen führen kann» (work berichtete: **rebrand.ly/frauen-leiden-anders**). Wie schwerwiegend, zeigt ein neuerer Blick in die Studie.

Gerade beim Thema Karriereentscheidungen fühlen sich Frauen in den Wechseljahren gelähmt. So teilt eine Befragte mit: «Ausharren im jetzigen Job, bloss nicht auffliegen mit meiner schwächeren Leistung. Weil die Energie habe ich nicht, einen neuen Job zu finden.» Damit ist sie nicht allein. Andere

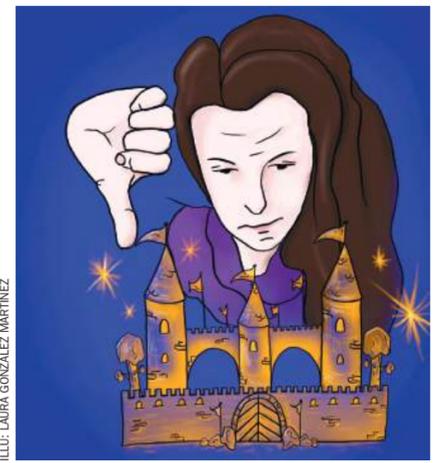
Teilnehmerinnen haben auf Führungspositionen verzichtet, das Pensum nicht erhöht oder neue Angebote ausgeschlagen. So fasst eine Befragte zusammen: «Die Wechseljahrssymptome haben meinen Werdegang so beeinflusst, dass ich weniger Verantwortung tragen wollte.»

WAS MACHT DIE GEWERKSCHAFT?

Auch bei den Gewerkschaften war das Thema lange nicht präsent. Gesundheitsexpertin Michel: «Zugegeben: Bei diesem Thema steht auf gewerkschaftlicher Ebene noch einiges an Arbeit an. Aber es ist schon mal ein grosser Schritt, die Wechseljahre überhaupt zum Thema zu machen. Das passiert nun auch in gewerkschaftlichen Gremien.» Zum Beispiel am feministischen Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 21. und am 22. November. Michel leitet dort den Workshop «Gesundheit am Arbeitsplatz», wo sie ak-

tuelle Zahlen, Fakten und Wissenslücken zum Thema präsentiert. Auch die Menopause wird am Workshop besprochen, und Fragen werden geklärt: Wo besteht Handlungsbedarf, und wie können wir uns als Gewerkschafterinnen am Arbeitsplatz engagieren, um besseren Gesundheitsschutz zu fördern.

Dieser ganze Prozess steht am Anfang, doch für Michel ist es wichtig zu betonen: «Es sind reale Herausforderungen, die wir ernst nehmen müssen! Es gilt zu verhindern, dass Beschwerden der Wechseljahre zu einer weiteren Diskriminierung am Arbeitsplatz führen.» Christine Michel appelliert auch an die Arbeitgeber: «Sie sind gefordert, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Im Vordergrund stehen Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen auch von Vorgesetzten, Unterstützungsangebote sowie allfällige Anpassungen des Arbeitsplatzes.»



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und das orange Märchen

Ich gebe es zu. Ich habe mich gefreut, die schlechten Schlagzeilen über die Migros zu lesen. Vor einigen Jahren, als ich vom Mutterschaftsurlaub wieder in die Arbeitswelt zurückkehrte, dachte ich, die Migros sei ein guter Platz für mich. Familienfreundlich halt. Nett zu den Migroskindern: Sie warben am Bewerbungsgespräch mit guten Bedingungen



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

und super Dienstleistungen. Es stellte sich aber heraus, dass alles ein oranges Märchen war. In Wahrheit erwarteten mich irre Präsenzzeiten, ein tiefer Lohn und ein scheusslicher Umgang unter den Mitarbeiterinnen.

GENUG! Ich habe Teilzeit gearbeitet und an diesen Tagen mein kleines Kind nur kurz morgens wach gesehen, wenn überhaupt, je nach Schicht. Das brachte Unruhe in die kleine und noch frische Familie. Ich stand frustriert fast 12 Stunden im Laden, in denen ich aber effektiv nur die üblichen 8,5 Stunden arbeitete. Der Rest der Zeit waren unbezahlte Pausen, und obendrauf wurde ich noch regelmässig angeschrien. Wie sollte ich hier noch irgendwas vom Tag haben, von meiner Familie, geschweige denn Erholungszeit oder irgendein Hobby? Keine Chance. Anfangs verweigerte der Geschäftsführer sogar meine fixen freien Tage, trotz Absprache mit der Personalleitung und dem reservierten Kitaplatz. Ich blieb nicht lange. Nach drei Monaten hatte ich genug davon, ein Migroskind zu sein.

ERKÄMPFT! Heute verdiene ich deutlich mehr, und wenn ein Elternmorgen ansteht, kann ich mit meiner Chefin reden, das schätze ich sehr. Denn ich weiss, dass das in unserer Branche nicht überall so ist. Die regelmässige Frühschicht habe ich mir erkämpft. In den 9 Stunden pflege ich meine Abteilungen und kann mich 30 Minuten erholen. Das reicht mir momentan. So kann ich nachmittags zu Hause meine Sachen erledigen. Am wichtigsten ist: Ich bin jeden Abend bei meinem Kind.

Ich hatte genug davon, ein Migroskind zu sein.

Allein wäre das aber auch für mich nicht möglich: Mittelschichten, das heisst Arbeitszeiten, die den Öffnungszeiten der Kita oder dem Hort angepasst sind, habe ich bisher selten erlebt. Entweder wir starten den Tag im Laden, oder wir beenden ihn dort.

Was machen Alleinerziehende? Beim Austausch mit meinen Kolleginnen erfahre ich, dass sie abhängig von Verwandten sind, die sich um die Betreuung der Kinder ausserhalb der Kita- oder Hortzeiten kümmern. Was, wenn auch das nicht möglich ist?

FEHLANZEIGE! Auch wegen der Kinderbetreuung bin ich gegen längere Ladenöffnungszeiten oder mehr Sonntagsverkäufe. Kita am Sonntag? Fehlanzeige. Diejenigen, die längere Öffnungszeiten fordern, ignorieren, dass hinter der Kasse ein Mensch steht, der Teil des Lebens eines anderen Menschen ist.

Kurs: Fit für die Wechseljahre

Viele Frauen haben Hemmungen, über die Wechseljahre zu sprechen. Damit ist jetzt Schluss! Bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaft, können sich Gewerkschaftsmitglieder über die Lebensphase informieren und austauschen. Und zwar im Kurs «Fit durch die Wechseljahre». Während zweier Tage lernen Frauen über vierzig, ihren Körper besser zu verstehen, die körperlichen und mentalen Veränderungen zu erkennen und positiv zu unterstützen. Der Kurs findet im Jahr 2026 sogar zwei Mal statt:

18.–19. Mai 2026 in Vitznau
10.–11. September 2026 in Läuelfingen

Das gesamte Movendo-Programm für das kommende Jahr wird am 20. Oktober publiziert.

Bundesrat: Sparen gegen das Volk

Die Schweizer Schuldenbremse ist eine bürgerliche Waffe gegen die Interessen der nichtreichen und nichtbäuerlichen Mehrheit im Land. Die rechtsbürgerliche Bundesratsmehrheit benutzt sie gerne.

CLEMENS STUDER

Der Bundesrat hält trotz breitem Widerstand an seinem «Entlastungspaket 27» fest: 57 Massnahmen, ab 2027 jährlich 2,4 Milliarden Franken weniger im Bundeshaushalt, später gar 3 Milliarden. FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter prä-



DEM SPARWAHN VERFALLEN: Finanzministerin Karin Keller-Sutter. FOTO: KEYSTONE

sentiert das als «Sanierung» – obwohl Bund, Kantone und Gemeinden längst über ein Staatsvermögen von mehr als 150 Milliarden Franken verfügen und Jahr für Jahr Überschüsse schreiben.

Keller-Sutter und Konsorten behaupten: Ohne Sparprogramm drohen bald Milliardendefizite. Doch die Fakten erzählen eine andere Geschichte. Seit bald zwei Jahrzehnten weist der Bund – abgesehen von den Corona-Jahren – Überschüsse aus. Grund ist die Schuldenbremse, die

Die Überschüsse müssten an die Bevölkerung zurückgegeben werden.

so konstruiert ist, dass sie strukturelle Überschüsse erzwingt: Jahr für Jahr verschwinden 1 bis 1,5 Milliarden ungenutzt im Schuldenabbau. Für die Bevölkerung heisst das: weniger Investitionen, weniger Entlastung, mehr Druck.

ANTI-INDUSTRIE. Getroffen werden ausgerechnet jene Bereiche, die für breite Schichten zentral sind: Die Bundesbeiträge an AHV und Prämienverbilligungen sollen eingefroren werden, obwohl Krankenkassenprämien explodieren. In der Bildung drohen Kürzungen von fast einer halben Milliarde, verbunden mit höheren Studiengebühren. Opferhilfe, Entwicklungszusammenarbeit, öffentlicher Verkehr, Klimaschutz – alles kommt unter die Räder.

«Das Abbaupaket ist unnötig und schädlich», sagt der Gewerkschaftsbund. Trotz Trump-Zöllen will der Bund beispielsweise die Innovationsförderung und die Berufsbildung zurückfahren. Jetzt, wo die Industrie Unterstützung bräuchte, macht der Bund eine explizite Anti-Industrie-Politik. Die SP spricht von einer «verantwortungslosen Finanzpolitik». Auch die Grünen werden deutlich: «Das Paket ist unausgewogen und ideologisch: Die Armee soll auf Kosten des öffentlichen Verkehrs, der Chancengleichheit und des Klimaschutzes ausgebaut werden.»

REFORM. Ein echtes Entlastungsprogramm sähe anders aus, hielten die Gewerkschaften schon im vergangenen Februar fest: Die Milliardenüberschüsse müssten an die Bevölkerung zurückgegeben werden – etwa über höhere Prämienverbilligungen, Investitionen in Bildung, Pflege und Klimaschutz. Dazu gehört auch eine Reform der falsch ausgelegten Schuldenbremse.

Im Dezember debattiert der Ständerat das Abbaupaket, im kommenden März dann der Nationalrat. Wenn – was nicht zu erwarten ist bei den herrschenden Mehrheiten – das Paket nicht zurückgewiesen wird, wird das Volk noch 2026 das letzte Wort haben. Weil – das Referendum ist sicher.

Eigenmietwert abgeschafft – Milliarden-Segen für Hausbesitzende Jetzt endlich Milliarden-Bschiss an Mietenden stoppen

Die wohlhabenden Eigenheimbesitzenden haben den Milliarden-Jackpot geknackt: Der Eigenmietwert wird abgeschafft. Bezahlen müssen das 2,5-Milliarden-Geschenk alle Nichtreichen, auch solche mit einem Häuschen. Und erst recht die Mietenden.

CLEMENS STUDER

Mit dem Rekordbudget von 7 Millionen Franken drückte der Hauseigentümerverband seine falschen Parolen von den entlasteten Witwen mit abbezahlten und topsanierten Häuschen durch. Die Folgen werden alle Nichtreichen eher früher als später merken: Bund, Kantone und Gemeinden fehlen Milliarden. Diese werden nicht die Reichen und die Bestverdienenden bezahlen, sondern alle anderen.

Das ist überaus ärgerlich. Vor allem, weil diese Mehrheit auch sonst schon draufzahlt: 10 Milliarden Franken pro Jahr, 360 Franken pro Haushalt kassieren die Immo-Haie zu viel – und erst noch gesetzeswidrig. Das eigentlich recht gute Schweizer Mietgesetz wird einfach nicht durchgesetzt. Das ist politisch gewollt.

HELFERSHELPER DER HAIE

Die Immobilienkonzerne haben gut gefüllte Kassen und finden in den rechten Parteien von SVP bis GLP willige Helferinnen und Helfer. Und so explodieren die Mieten seit Jahren, sogar wenn sie sinken müssten. Doch das

Immo-Konzerne sind dreist, aber nicht doof.

reicht der Immobilienlobby nicht. Sie will die Rechte der Mietenden weiter schwächen, um noch unverschämter abkassieren zu können. Den ersten Teil des Angriffs stoppte das Volk vor zehn Monaten mit zwei klaren Nein. Damals wollte die rechte Parlamentsmehrheit im Auftrag der Immobilienhaie zuerst die Untermiete massiv erschweren und den Kündigungsschutz schwächen. Ziel: Mietende einfacher aus ihrem Zuhause werfen zu können, um die Mieten dann noch krasser erhöhen zu können. Und die nächsten Angriffe sind schon



VON BESTECHENDER EFFIZIENZ: Hinter der Mietpreis-Initiative steckt ein breites Bündnis, zu dem auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund gehört. FOTO: PD

in der parlamentarischen Pipeline. Hier soll unter anderem die Definition der «Orts- und Quartierüblichkeit» gleich den Immo-Konzernen überlassen werden. Dabei hat die Schweiz eben gerade keine «Marktmiete» – zumindest wenn es nach dem Gesetz ginge.

ELEGANTE INITIATIVE

Um diesem Gesetz endlich Nachdruck zu verschaffen, hat ein breites Bündnis, zu dem auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund gehört, eine Initiative lanciert. Die «Mietpreis-Initiative» ist von bestechender Eleganz und Effizienz. Sie besteht aus zwei Artikeln:

1. Ein Mietzins ist missbräuchlich, wenn er die tatsächlichen Kosten für die Mietsache zuzüglich einer angemessenen Rendite übersteigt oder wenn er auf einem übersetzten Kaufpreis beruht.
2. Die Mietzinse müssen automatisch und regelmässig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Eine Überprüfung findet auch auf Verlangen der Mieterschaft statt. Hier unterschreiben: mietpreis-initiative.ch.

OHNE KONTROLLE KEINE FAIREN MIETEN

Immobilienkonzerne verzichten nicht freiwillig auf ihre überrissenen Renditen. Sie sind ja dreist, nicht doof. Und Mieterinnen und

Mieter können das Problem nicht lösen: Von 240 000 Wohnungswechseln pro Jahr werden gerade mal 1200 Anfangsmieten angefochten – das sind gerade mal ein halbes Prozent. Der Rest leidet und zahlt, auch Mieten, die nicht rechtens sind. Die Folge sind systematisch überhöhte Mieten auf breiter Front. Nur automatische und regelmässige Kontrollen können hier helfen. Und allein ihre Existenz würde viele Immo-Konzerne daran hindern, ihre Profite weiter gesetzeswidrig zu maximieren.

ERFOLG IN BERN

Diesen Effekt hat in kleinerem Ausmass bereits die Offenlegung des bisherigen Mietzinses auf einem offiziellen Formular beim Wechsel der Mieterschaft. Dazu sagten am Wochenende die stimmenden Bernerinnen und Berner Ja. Die entsprechende Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands wurde von rechten Parteien und Verbänden bekämpft. Denn die Immo-Haie benützen Wechsel der Mieterschaft sehr gerne für ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen. Eine Offenlegungspflicht auf einem amtlichen Formular kann allzu dreiste Aufschläge künftig auch im Kanton Bern ausbremsen – wie bereits in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Luzern und Zürich.

Abstimmungserfolge für fortschrittliche Anliegen in Städten und Kantonen Es war nicht alles schlecht am Sonntag

Bezahlbarer öffentlicher Verkehr in Zürich, höchstens 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkasse im Tessin und mehr spekulationsbefreierter Wohnungsbau in Genf: Das sind die guten Nachrichten vom Abstimmungssonntag.

CLEMENS STUDER

Im Kanton Tessin sinkt die Belastung durch die Krankenkassenprämien. Gleich zwei Initiativen wurden vom Volk angenommen. Eine von rechts, die künftig höhere Steuerabzüge für Prämien zulässt. Konkret sollen Abzüge für alleinstehende Personen von 5500 auf 9000 Franken und für Ehepaare von 10 900 auf 18 000 Franken erhöht werden. Auch pensionierte Personen können höhere Abzüge geltend machen. Davon profitieren Geringverdienende wenig bis gar nicht.

10 PROZENT SIND GENUG!

Beispielhaft für eine wirksame Entlastung der Haushalte mit

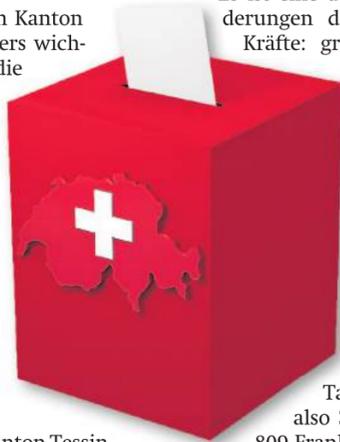
geringen und mittleren Einkommen ist dafür die Initiative von links: Sie beschränkt die Prämienbelastung künftig auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens.

Das ist im Kanton Tessin besonders wichtig, weil dort die Prämien die Grenze des Tragbaren längst überschritten haben. Sie sind bis zu 25 Prozent höher als im nationalen Durchschnitt. Auf das nächste Jahr steigen die mittleren Prämien im Kanton Tessin um 7,1 Prozent. Die Prämiendeckung senkt zwar nicht die Gesundheitskosten im System, aber sie stärkt die Kaufkraft der Mehrheit der Menschen. Und sie sorgt dafür, dass die Gesundheitskosten innerhalb des bestehenden Systems gerechter finanziert werden. Das ist drin-

gend nötig, weil der Prämienwahnsinn munter weitergeht (siehe Seite 10).

ÖV-ABO = 1 STUTZ PRO TAG

Es ist eine der ältesten Forderungen der ökosozialen Kräfte: gratis ÖV. Nicht ganz so weit, aber immerhin einen riesigen Schritt weiter ist jetzt die Stadt Zürich. In der Stadt Zürich kostet das ÖV-Abo künftig nur noch 1 Franken pro Tag – im Jahr also 365 statt heute 809 Franken. Für Kinder und Jugendliche wird das Jahresabo 185 Franken kosten statt wie bisher 586 Franken. Das ist eine massive Entlastung für die Haushaltsbudgets und stärkt die Kaufkraft der tiefsten, unteren und mittleren Einkommen spürbar. Die Initiative ist als allgemeine Anregung formu-



liert. Der Stadtrat muss deshalb jetzt eine konkrete Vorlage ausarbeiten, über die dann noch einmal abgestimmt wird. Bis die Abos wirklich günstiger sind, dürfte es noch gegen zwei Jahre dauern.

GÜNSTIGE WOHNUNGEN

Genf muss mehr Genossenschaftswohnungen bauen. Bis ins Jahr 2030 muss der Anteil genossenschaftlicher Wohnungen bei 10 Prozent liegen. Die Genferinnen und Genfer nahmen die Initiative «Für mehr Genossenschaftswohnungen» klar an. Um die Verdoppelung des bisherigen Anteils von gemeinnützigen Wohnungen zu erreichen, kann der Kanton Vorkaufs- und Vergesellschaftungsrechte geltend machen. Hinter der Initiative standen die Vereinigung der Wohnbaugenossenschaften, die fortschrittlichen Parteien, die Gewerkschaften und das nationalistische MCG, FDP, SVP, Mitte und Gewerbeverbände schäumten: «willkürlich und unrealistisch». Über 60 Prozent der Stimmenden sahen es anders.

Bürgerliche belohnen Abzocker-Manager und Kapital-Besitzende

Darum werden die Reichen immer reicher



TOPVERDIENERIN: EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher verdient offiziell «nur» 1,3 Millionen Franken, via Dividendenausschüttung kassiert sie aber das Hundertfache.

FOTO: SABINE WUNDERLIN/BLICK

Die Lohnabhängigen in der Schweiz verdienen heute real gleich viel oder gar weniger als vor 10 Jahren. Alle Lohnbeziehenden? Nein, ganz oben macht sich eine kleine Kaste die Taschen immer voller.

CLEMENS STUDER

Seit 2005 – ihrem ersten operativen Jahr – analysiert die Gewerkschaft Unia die Lohnschere in grossen Schweizer Unternehmen. Für die aktuelle Studie (rebrand.ly/lohnschere-2025) wurden 39 Unternehmen untersucht, die entweder an der Börse hoch bewertet sind oder in der Schweiz mindestens 11 000 Menschen beschäftigen.

Die Lohnschere gibt an, wie die Löhne innerhalb eines Unternehmens verteilt sind. Die Lohnschere zwischen den tiefsten und höchsten Löhnen in einem Unternehmen ist ein zentraler Indikator für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Sie zeigt, wie gerecht ein Unternehmen den erarbeiteten Mehrwert auf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verteilt. 1986 lag sie

Die bürgerliche Politik verstärkt die Ungleichheit.

in der Schweiz noch bei 1:6. Der Chef verdiente also in einem Monat so viel wie die am schlechtesten bezahlte Mitarbeitende im Betrieb in einem halben Jahr. Ab dann geht's steil bergauf mit dem Verhältnis und rapide bergab mit der sozialen Gerechtigkeit. In der ersten Unia-Lohnschere-Studie lag diese im Schnitt bereits bei 1:52. Im vergangenen Jahr jetzt bei 1:143.

DIE BAD TEN

An der Spitze der Abzocker stehen erneut Manager von Pharmakonzernen und Banken. Ganz oben: Novartis-CEO Vasant Narasimhan mit einem Jahreslohn von 19,2 Millionen Franken –

das 333fache des tiefsten Lohns bei Novartis. Auf Platz zwei folgt Flemming Ørnskov, CEO des Pharmakonzerns Galderma, der das Unternehmen 2024 an die Börse führte und 19 Millionen Franken kassierte. Den dritthöchsten Lohn mit 16,9 Millionen Franken steckte David Layton ein, CEO der Partners Group. Dahinter folgt UBS-Chef Sergio Ermotti, der trotz faktischer Staatsgarantie für die UBS 14,9 Millionen einstrich. Weiter in die Abzocker-Top-Bad geschafft haben es 2014: David J. Endicott (Alcon, 11,7 Mio.), Thomas Schinecker (Roche, 11,1 Mio.), Nicolas Bos (Richemont, 10,6 Mio.), Mario Greco (Zurich, 9,9 Mio.), Hanneke Faber (Logitech, 9,7 Mio.) und Ulf Mark Schneider von Nestlé mit 9,6 Millionen, der allerdings bereits Ende August 2024 seinen Letzten hatte. Er ist auch der Einzige auf der Top-Bad-Liste, der weniger als im Vorjahr verdiente. Bei allen anderen Firmen sind die Spitzenlöhne weiter gestiegen.

DAS KAPITAL FREUT'S

Die grossen Schweizer Unternehmen haben 2024 hohe Gewinne erzielt und diese in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen an die Aktionärinnen und Aktionäre weitergegeben. Dividenden sind – verkürzt, aber korrekt – nichts anderes als vorenthaltene Löhne. Die Dividendenausschüttungen stiegen auf insgesamt 46 Milliarden Franken. Besonders grosszügig mit dem Aktionariat zeigten sich Roche und Nestlé mit jeweils rund 8 Milliarden Franken, Novartis mit 6,7 Milliarden und Zurich Insurance mit 3,9 Milliarden Franken. Zusätzlich gaben die Unternehmen rund 21 Milliarden Franken für Aktienrückkäufe aus, angeführt von Novartis mit 7,3 Milliarden Franken, Nestlé mit 4,7 Milliarden und der UBS mit 2,6 Milliarden Franken.

STEUERN! WELCHE STEUERN?

Die bürgerliche Steuer- und Abgabepolitik beim Bund und in den Kantonen der vergangenen Jahrzehnte hat die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht abgebaut, sondern verstärkt. Zwar ist das System der Einkommenssteuern progressiv, die Reichen

Topverdiener und Topverdienerinnen 2024	Unternehmen	Lohn 2024 in Mio.	Rangliste Lohnschere*
1 Vasant Narasimhan	Novartis	19,2	333 1
2 Flemming Ørnskov	Galderma	19,0	298 3
3 David Layton	Partners Group	16,9	328 2
4 Sergio Ermotti	UBS	14,9	276 4
5 David J. Endicott	Alcon	11,7	216 6
6 Thomas Schinecker	Roche	11,1	192 9
7 Nicolas Bos (CEO seit 1.6.24)	Richemont	10,6	204 8
8 Mario Greco	Zurich Insurance	9,9	206 7
9 Hanneke Faber (CEO seit 1.12.23)	Logitech	9,7	177 10
10 Ulf Mark Schneider (CEO bis 31.8.24)	Nestlé	9,6	218 5
11 Remco Steenbergen (CFO seit 1.7.24)	Sandoz Group	9,0	157 11
12 Gilles Andrier	Givaudan	6,8	121 14
13 Morten Wierod (CEO seit 1.8.24)	ABB	6,6	137 12
14 Wolfgang Wienand (CEO seit 1.7.24)	Lonza	6,4	114 17
15 Géraldine Picaud (CEO seit 1.3.24)	SGS	6,2	124 13
16 Nic Dreckmann (CEO seit 1.2.24)	Julius Bär	5,8	108 18
17 Thomas Hasler	Sika	5,4	117 16
18 Andreas Berger (CEO seit 1.7.24)	Swiss Re	5,2	108 19
19 Nick Hayek	Swatch	5,0	120 15
20 Adalbert Lechner	Lindt & Sprüngli	4,7	107 20
21 Guillaume Daniellot	Straumann	4,7	105 21
22 Miljan Gutovic (CEO seit 1.5.24)	Holcim	4,2	71 24
23 Arnd Kaldowski	Sonova	3,9	79 23
24 Stefan Paul	Kühne + Nagel	3,6	84 22
25 Christian Buhl	Geberit	3,4	67 25
26 Matthias Aellig	Swiss Life	3,2	67 26
27 Fabian Rupprecht	Helvetia	2,9	66 27
28 Paolo Compagna (COO)	Schindler	2,7	56 28
29 Christoph Aeschlimann	Swisscom	2,0	36 31
30 Michael Müller	Bâloise	1,9	39 29
31 Pascal Kiener	Banque Cantonale Vaudoise	1,9	37 30
32 Robert Itzchner	BKW	1,6	32 32
33 René Zahnd	Swiss Prime Site	1,6	30 33
34 Urs Gantner (CEO seit 1.1.24)	VAT Group	1,4	30 34
35 Magdalena Martullo-Blocher	EMS-Chemie	1,3	23 35
36 Robert Cirillo	Post	1,0	21 37
37 Vincent Ducrot	SBB	1,0	22 36
38 Mario Irminger	Migros	0,9	16 38
39 Philipp Wyss	Coop	0,6	12 39

* Die Reihenfolge der aufgelisteten Topverdienerinnen und Topverdiener ergibt sich aus ihren Jahreslöhnen, die Rangliste der Lohnschere stimmt damit nicht überein.

zahlen einen überproportionalen Teil aller Einkommenssteuern. Für das Gesamtsystem aller Steuern und Abgaben stimmt das aber nicht mehr. Unter Einbezug der Sozialversicherungen bezahlen reiche und sehr reiche Personen im Verhältnis zu ihrem Einkommen gleich viel wie mittlere oder tiefe Einkommen. Das belegen die Autoren Hans Baumann und Robert Fluder in einer neuen Untersuchung für den fortschrittlichen Think-Tank Denknetz (kann hier heruntergeladen werden: rebrand.ly/verteilungsbericht).

STEUERPOLITIK FÜR REICHE

Ein paar politische Ursachen für die wachsende Kluft zwischen den wenigen Reichen und Superreichen und der grossen Mehrheit der Gering- und Normalverdienenden:

- **Massive Unternehmenssteuersenkungen:** Seit 1980 sind die Gewinnsteuern von 33 Prozent auf heute 14,4 Prozent gefallen – mehr als eine Halbierung. Davon profitieren vor allem Aktionäre und Kapitaleignerinnen.
- **Erosion der Vermögenssteuern:** Während 1980 noch über 8 Promille erhoben wurden, liegt der Satz heute bei unter 5 Promille. Im Kanton Zug wurde er seit 1990 sogar mehr als halbiert. Eine ETHZ-Studie belegt: Diese Senkungen

fürten direkt zu einer stärkeren Vermögenskonzentration.

- **Entlastung hoher Einkommen:** In allen Kantonen wurden Spitzensteuersätze deutlich gesenkt. Beispiel Zürich: Auf ein Einkommen von 500 000 Franken sank der Satz von 29,7 Prozent (1980) auf 20,9 Prozent (2024).

- **Abschaffung der Erbschaftsteuer:** Fast alle Kantone haben die Steuer für direkte Nachkommen gestrichen. Damit können grosse Vermögen über Generationen praktisch ungeschmälert weitergegeben werden.

Offiziell sind direkte Einkommenssteuern progressiv. Doch das Gesamtsystem wirkt regressiv, weil:

- Lohnbeiträge gedeckelt sind (Ausnahme AHV);
- Krankenkassenprämien als Kopfprämien unabhängig vom Einkommen erhoben werden;
- die Mehrwertsteuer tiefe Einkommen überproportional belastet (unterste 10 Prozent zahlen 4,5 Prozent ihres Einkommens, oberste 10 Prozent nur 2,4 Prozent);
- Vermögenseinkommen bei Reichen den relativen Steuersatz senkt.

Auch die neusten finanz- und sozialpolitischen Entscheide der bürgerlichen Mehrheit im Bundeshaus zeigen: Daran wird sich nichts ändern, bis wir dieses Parlament geändert haben.

Von wegen Gestaltungsfreiheit im Homeoffice, es geht um viel mehr:

Nationalrat greift die Gesundheit der Arbeitenden frontal an

Arbeitstage von morgens 6 Uhr bis abends 23 Uhr, Sonntagsarbeit ohne Bewilligung und verkürzte Ruhezeiten. Die rechte Mehrheit des Nationalrats pfeift auf die Gesundheit und das Familienleben von Millionen Lohnabhängigen in der Schweiz.

CLEMENS STUDER

Digitalisierung, Firmengründungen, Fachkräftemangel, Einkaufen im Internet, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und selbst die Befürchtung einer Energiemangelge-
 Digitalisierung, Firmengründungen, Fachkräftemangel, Einkaufen im Internet, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und selbst die Befürchtung einer Energiemangelge-

«Die Unia wird diesen Angriff auf die Arbeitnehmenden bekämpfen.»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA

tagsarbeit ausweiten und die Ladenöffnungszeiten sowieso. Alles natürlich möglichst ohne Lohnzuschläge. Und dieses Mal angeblich zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben.

VERSTAUBTER VORSTOSS

Weil die Arbeit im Homeoffice im Zug der Covid-Pandemie ein bis dahin nicht gekanntes Ausmass angenommen hat, holten die rechten Parteien vor zwei Jahren einen verstaubten Vorstoss von Thierry Burkart aus der Schublade. Der damalige FDP-Nationalrat, gegenwärtige Aargauer Ständerat und Nachparteipräsident will den arbeitsrechtlichen Schutz im Homeoffice praktisch abschaffen. Und nicht nur dort. Mit dem jüngsten Entscheid des Nationalrats werden nicht nur

Arbeitstage von morgens 6 Uhr bis abends 23 Uhr möglich.

DER VORSTOSS WILL KONKRET:

- Arbeitnehmende während bis zu 17 Stunden pro Tag arbeiten lassen, nicht nur im Homeoffice;
- dass die tägliche Ruhezeit von heute mindestens 11 auf neu 9 Stunden verkürzt wird und diese Rumpf-Ruhezeit sogar für sogenannte dringende Tätigkeiten unterbrochen werden kann;
- dass Arbeitgeber kurzfristig Nachtarbeit anordnen lassen können;
- dass Arbeitgeber ohne Bewilligung und Kontrolle durch die Behörden Sonntagsarbeit befehlen lassen können, ebenfalls auch ausserhalb des Homeoffice.

AKUTE GEFAHR

Dazu sagten die geschlossenen Fraktionen von SVP, FDP und GLP Ja. Aus der Mitte kam eine Gegenstimme. Mit ihrem Ja ignorieren die Bürgerlichen absichtlich die möglichen gesundheitlichen Risiken einer Überbelastung durch Lohnarbeit: Studien zeigen, dass überlange Arbeitszeiten Herzkrankheiten und Schlaganfälle begünstigen sowie die psychische Belastung erhöhen.

Selbst Vollzugsbehörden und viele Kantone lehnen die Vorlage ab. Auch weil Kontrollen bei diesem Gesetz selbst in Privathaushalten durchgeführt werden müssten. Dabei nehmen etliche Kantone bereits die heutigen Kontrollaufgaben in Betrieben kaum oder gar nicht wahr. Im Interesse der Arbeitgeber, zum Nachteil der Lohnabhängigen.

ANHALTENDER WIDERSTAND

Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) ist das inakzeptabel. Bereits bei der Behandlung der zuständigen nationalrätlichen Kommission sagte der damals zuständige SGB-Zentralsekretär Luca Cirigliano zu work: «Die Folgen dieses Vorstosses wären Gratisarbeit, Stress und Burnout.



DER URHEBER: Noch-FDP-Präsident Thierry Burkart hat den Vorstoss eingebracht. FOTO: KEYSTONE

Ja, auch dich will ich länger arbeiten lassen!

Wir werden solche Wildwestverhältnisse bekämpfen!»

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident und SP-Ständerat, warnte nach dem Entscheid im Nationalrat: «Die Sonntage und

«Der Familienalltag von Millionen ist bedroht.»

PIERRE-YVES MAILLARD, PRÄSIDENT SGB

werden immer länger und die Freizeit noch kürzer, wenn diese Vorlage durchkommt.»

Syndicom-Gewerkschafter und SP-Nationalrat David Roth sagt: «Dieses Gesetz ist Teil einer ganzen Reihe marktradikaler Vorstösse der Bürgerlichen. Dazu gehören auch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und die Aushebelung von in Kantonen und Gemeinden vom Volk demokratisch beschlossenen Mindestlöhnen.»

Und Unia-Präsidentin Vania Alleva macht klar: «Die Unia fordert die ständerätliche Wirtschaftskommission auf, diesen gefährlichen Gesetzesentwurf zu beerdigen. Dieser opfert das Gleichgewicht zwischen Privat- und Berufsleben den einseitigen Interessen der Arbeitgeber. Die Unia wird diesen Angriff auf die Gesundheit von Millionen Arbeitnehmenden weiterhin energisch bekämpfen.»

Über 14 000 Franken Krankenkassenprämien im Schnitt für eine vierköpfige Familie

Der Prämien-Wahnsinn geht weiter

Es ist Herbst. Die Blätter fallen. Wie jedes Jahr. Die höheren Krankenkassenprämien werden bekannt. Ebenfalls wie jedes Jahr. Doch das ist kein Naturgesetz, sondern die Folge bürgerlicher Gesundheitspolitik.

CLEMENS STUDER

4,4 Prozent sind es dieses Jahr. Im Durchschnitt. Ebenfalls im Durchschnitt bezahlt eine vierköpfige Familie nächstes Jahr über 14 000 Franken Krankenkassenprämien. Mehr als zwei Median-Monatslöhne. Und für Familien mit Kindern mehr

Die Kosten sind falsch finanziert.

als die Steuern. Die Krankenkassenprämien sind neben den ebenfalls explodierenden Wohnkosten der grösste Kaufkraft-Killer für Gering- und Normalverdienende.

Die Schweiz hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Die medizinische Versorgung ist im internationalen Vergleich – bei allen Schwierigkeiten – sehr gut. Wir werden gesünder älter. Immer mehr Krankheiten sind heilbar oder so behandelbar, dass ein gutes Leben möglich ist. Kurz: Der medizinische Fortschritt ist eine Errungenschaft. Die Schweiz gibt zwischen 11 und 12 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Gesundheit aus. Das ist

Dank SVP-Aeschi jetzt amtlich: Ohne «die Ausländer» wären Prämien noch höher



Menschen ohne Schweizer Pass kosten die Krankenkassen nicht mehr, sondern weniger als Schweizerinnen und Schwei-

zer. Im Schnitt rund 1000 Franken pro Jahr. Warum wir das wissen? Weil sich SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi von der Bundesverwaltung Munition für fremdenfeindliche Hetze liefern lassen wollte. FDP und GLP setzten sich gewohnt flink in den Seitenwagen. Und alle stehen jetzt dumm da.

Die ganze Geschichte, alle Zahlen und alle Links zu den Quellen gibt's hier:



rebrand.ly/aeschi-auf-irrwegen

ähnlich viel wie in unseren Nachbarstaaten.

KREUZFALSCH

Unsere Gesundheitsausgaben sind also nicht generell überrissen. Aber sie sind kreuzfalsch finanziert. Statt wie in anderen Ländern üblich, die Gesundheitskosten entweder aus Steuereinnahmen oder wenigstens über Lohnprozente zu finanzieren, drückten die Schweizer Bürgerlichen zur Einführung des Krankenkassenobligatoriums 1996 die Kopf-

prämien durch. Kopfprämien sind Kopfsteuern. Und Kopfsteuern sind die ungerechtesten Steuern, die es gibt. Denn: Die Milliardärin bezahlt gleich viel Prämie wie der Elektriker. Die eine zahlt sie aus dem Portokässeli, der andere muss sie sich und seiner Familie vom Mund absparen. Nirgendwo in der OECD bezahlen Versicherte und Kranke mehr ihrer Gesundheitskosten direkt aus dem eigenen Sack als in der Schweiz. Denn zu den explodierenden Prämien kommen noch Franchise, Selbstbehalt,

rezeptfreie Medikamente und Zahnbehandlungen. Was in anderen Sozialversicherungen selbstverständlich ist – dass stärkere Schultern mehr tragen –, fehlt hier.

Prämienverbilligungen halfen lange Zeit. Doch inzwischen fallen grosse Teile des Mittelstands durch den Raster: zu «reich» für Unterstützung, aber längst nicht genug, um die Last zu tragen. Auch weil viele Kantone lieber die Steuern für Firmen und Reiche senken, statt genügend Mittel für Prämienverbilligungen bereitzustellen.

INITIATIV-UMFRAGE

Neben der unsozialen Finanzierung via Kopfprämien und der mangelnden Unterstützung durch die Kantone ist auch der Pseudowettbewerb unter den Krankenkassen ein teures Ärgernis auf dem Buckel der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen. Hier verschwinden Jahr für Jahr Hunderte von Millionen Franken für überrissene Managerlöhne, unnötige Werbekampagnen und Maklerprovisionen. Eine öffentliche Krankenkasse könnte hier Milliarden sparen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat eine Umfrage lanciert, bei der Versicherte angeben können, welches Initiativprojekt sie bevorzugen. Teilnehmen können Sie unter diesem Link: umfrage.sgb.ch/krankenkassen.

1 Servicefachfrau Berta Frigerio (33) informiert ihren Chef Roberto Giovanoli, dass im Restaurant jemand Kaviarproben abgegeben habe. Giovanoli antwortet, er habe kein Interesse an Fischeiern. Und fragt dann völlig unvermittelt: «Wenn du willst, gebe ich dir etwas von meinen Eiern.»

2 Frigerio merkt an, sie habe seit 15 Tagen nicht mehr freigeht. Darauf Giovanoli: «Wenn du willst, gebe ich dir einen Fick, dann sind wir quitt.»

3 Frigerio kritisiert, sie wolle nicht ständig zusammengestaucht werden für Dinge, die ihr nie erklärt worden seien.

4 Frigerio fragt, ob sie trotz Schneefall die Aussenterrasse herrichten solle. Giovanoli bejaht. Und fragt: «Wollen wir beide ein bisschen ficken? Dann geht es uns beiden gut.»

5 Nachts um 22.11 Uhr schreibt Giovanoli aus dem Nichts: «Domani biro?» Frigerio fragt, was er meine. Antwort: «Ein bisschen ficken».

6 Der Serviceangestellten Noelia Ferrer (31) aus Paraguay schickte Giovanoli die Aufnahme einer Überwachungskamera – mitten in der Nacht. Das Foto zeigt einen Gast im Plan-B-Lokal Jamies. Giovanoli schrieb dazu: «Du hast einen Kunden.» Und: «Geh runter und sag ihm, wie schön er sei.» Der Mann sei sehr reich und spendiere bestimmt ein Gläschen, «das könnte dir helfen».

DIE REAKTIONEN**ER DROHT UND WIRD BESCHÜTZT**

Ein lauter Lacher. So reagiert Roberto Giovanoli, als work ihm am Telefon eine seiner Chat-Nachrichten vorliest. «Ich glaube nicht, dass ich das je geschrieben habe», sagt Giovanoli. Also liest work eine zweite Nachricht vor. Was den Plan-B-Chef rasend macht: «Sie sind der letzte, mit dem ich das besprechen muss», donnert er und droht mit einer Anzeige. Dann hängt er auf. Einen zweiten Anruf unterdrückt Giovanoli. Dafür ruft er kurz darauf die Ex-Angestellte Berta Frigerio* an, von der die Beweise kommen. Da sie Druckversuche vermutet, ignoriert sie den Anruf.

AUFATMEN. Bemerkenswert sind auch die Reaktionen von Gastro-Graubünden-Präsident und Mitte-Kantonsrat Franz Sepp Caluori sowie von Gastrosuisse-Präsident Beat Imhof. work hatte ihnen die Chatverläufe vorgelegt und gefragt, ob ihre Verbände ein solches Verhalten tolerierten. Zurück kam zweimal der gleiche Wortlaut: «Zu einer solchen privatrechtlichen Angelegenheit» könne man nicht Stellung nehmen. Und: «Unabhängig von der vorliegenden Angelegenheit» verurteile man jegliche Form von sexueller Belästigung aufs schärfste und engagiere sich «seit je dafür, dass in unserer Branche das Thema sehr ernst genommen wird». Wenigstens hier darf Giovanoli also aufatmen, sein Platz im Bündner Gastro-Vorstand bleibt unangetastet. (jok)

Gastro-Graubünden-Vorstand schickte massenhaft Sex-SMS

Wenn der Chef zum Blowjob bittet

Lohnschiss und Stundenmanipulation: Das werfen Gastro-Büezer dem Chef der Plan B Kitchen AG vor. Die Unia zieht vor Gericht. Jetzt nähren Chats den Verdacht auf sexuelle Belästigung.

JONAS KOMPOSCH

Gleich zweimal wurde die Bündner Gastroszene diesen Sommer durchgeschüttelt. Zuerst am 16. Juli, als Köchinnen, Pizzaioli und Serviceleute zusammen mit der Unia mitten in St. Moritz einen Protest durchführten. Und vor der Presse schwere Vorwürfe gegen ihren (Ex-)Chef erhoben: Roberto Giovanoli (35), Inhaber der Gastrokette Plan B Kitchen AG, manipulierte die Stundenerfassung, verhängte willkürliche Lohnabzüge, verlange für Dienstzimmer mehr Miete als vereinbart und trickse bei den Löhnen. Auch von lausiger Verpflegung war die Rede, von

extremer Arbeitsbelastung und kaum möglichen Pausen. Ein 18-jähriger Italiener versicherte gar, er sei schwarz beschäftigt worden – für «1000 Franken bar auf die Hand». Mehrere Angestellte wurden zudem ernsthaft krank. Der Kritisierte, notabene Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbands Gastro Graubünden sowie Vizepräsident des Lions Club St. Moritz, rächte sich auf seine Art. Er schasste vier Angestellte fristlos und warf sie aus ihren Wohnungen. Doch die Geschädigten demonstrierten erneut. Diesmal in Chur, wo vier der fünf Plan-B-Restaurants stehen. Giovanoli bestritt weiterhin alle Anschuldigungen.

UNIA ZIEHT VOR GERICHT

Nun dürfte der Fall bald die Gerichte beschäftigen. Danijela Dragičević von der Unia Ostschweiz-Graubünden bestätigt: «Giovanoli zeigte sich null kooperativ, weshalb wir die Dossiers von fünf Mitgliedern einem Anwalt übergeben haben.» Es gehe um mehrere Zehntausend

Franken. Mit weiteren Betroffenen werde die Unia zudem an die Schlichtungsstelle für Arbeitsstreitigkeiten gelangen. Jetzt zeigen work-Recherchen: Es geht sogar um sexuelle Belästigung.

«EIN FICK, DANN SIND WIR QUITT»

Da ist zum Beispiel der Chat-Verlauf von Giovanoli mit Servicefrau Berta Frigerio* (33) aus Italien. Er füllt über 50 A4-Seiten und liegt work vor. Frigerio erklärt: «Er schrieb mir zu jeder Tages- und Nachtzeit.» Primär geht es um Organisatorisches. Doch häufig schickt Giovanoli auch Übergriffiges (siehe Screenshots oben).

Immer wieder habe sie klargemacht, dass sie solche Dinge nicht hören wolle, versichert Frigerio. Doch es geht weiter. Bis sie eine Schlafstörung entwickelt und ihr Arzt die Notbremse zieht. Doch auch im Krankenstand fühlt sich Frigerio ausgeliefert. Denn: Sie wohnt im Kellergeschoss des Plan-B-Geschäftssitzes. «Ich hatte dauernd Angst, Giovanoli zu begegnen, und schloss mich deshalb ein.» Dann kündigte sie. Zum Abschied schrieb Giovanoli: «Ich werde dich ruinieren, da kannst du sicher sein! Ich werde alles dafür tun, dass du in der Gegend keine Arbeit mehr findest.» Frigerio fand trotzdem

Arbeit, möchte aber anonym bleiben. Aus gutem Grund (siehe Spalte rechts).

Und Frigerio ist kein Einzelfall. work kennt etliche Opfer mehr. Etwa Nina Bertani* (37), Köchin aus Italien. Sie hielt es ein halbes Jahr unter Giovanoli aus und sagt: «Er behandelt seine Angestellten wie den letzten Dreck!» Zur systematischen Abzocke kämen noch die vulgären Sprüche dazu. «Einmal hat er mich gefragt, ob ich lesbisch sei und mit wem ich in letzter Zeit Sex gehabt hätte. Ein andermal machte er schlüpfrige Kommentare, als ich eine weisse Sauce steifschlagen musste.» Die Serviceangestellte Noelia Ferrer* (31) aus Paraguay traf es ebenfalls: «Mal nannte er mich dick, dann wieder Hase.» Einmal schickte ihr Giovanoli sogar die Aufnahme einer Überwachungskamera, die einen Gast an der Bar zeigt. Sie solle ihm schmeicheln, der Mann sei reich (siehe oben Screenshot 6).

Es gilt die Unschuldsvermutung.

*Namen geändert

Von Maschinen bis Chemie: So tickt der Industriewerkplatz Schweiz Fast eine Million Beschäftigte

Jede fünfte erwerbstätige Person arbeitet in der Schweiz in einem industriellen Betrieb. Trotz Deindustrialisierung und Automatisierung beschäftigt die Industrie damit weiterhin fast eine Million Menschen in der Schweiz.



Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM)

Grösste Firmen:

- ABB (Zürich; Energietechnik, Automation)
- Schindler (Ebikon LU; Rolltreppen und Lifte)
- Sulzer (Winterthur ZH; Pumpen, Technik)
- Stadler Rail (Bussnang TG; Rollmaterial)

Beschäftigte: ca. 325 000 in der Schweiz

Bei den über 10 000 MEM-Betrieben in der Schweiz handelt es sich meist um Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Die MEM-Industrie exportiert jährlich Waren im Wert von 70 Milliarden Franken, was etwa einen Viertel der Schweizer Gesamtexporte ausmacht. Über die Hälfte der MEM-Exporte gehen in die EU, hauptsächlich nach Deutschland, wo die Autoindustrie ein Grossabnehmer von Schweizer Produkten ist.



Nahrungsmittelindustrie

Grösste Firmen:

- Nestlé (Vevey VD; Nahrungsmittel und Getränke)
- Lindt & Sprüngli (Kilchberg ZH; Schokolade)
- Aryzta (Schlieren ZH; Tiefkühlbackwaren)
- Emmi (Luzern; Milchprodukte)

Beschäftigte: ca. 90 000 in der Schweiz

Neben den Grosskonzernen gibt es in der Schweiz über 5000 kleinere Industriebetriebe in der Lebensmittelbranche.



Medizintechnikindustrie

Grösste Firmen:

- Straumann (Basel; Zahnimplantate)
- Sonova (Stäfa ZH; Hörgeräte)
- Ypsomed (Burgdorf BE; Injektionsgeräte)

Beschäftigte: ca. 70 000 in der Schweiz

Etwa die Hälfte der Exporte der Medtech-Industrie geht in die EU.



Chemie- und Pharmaindustrie

Grösste Firmen:

- Roche (Basel; Pharma)
- Novartis (Basel; Pharma)
- Lonza (Basel/Wallis; Pharma, Biotechnologie)
- Syngenta (Basel/Wallis; Agrarchemie)

Beschäftigte: ca. 75 000 in der Schweiz

Die Produktion von Medikamenten wird vermehrt ins Ausland verlagert. Dennoch exportierte die Schweizer Chemie- und Pharmaindustrie letztes Jahr Waren im Wert von 97 Milliarden Franken. Der wichtigste Exportmarkt sind die USA. (work berichtete: rebrand.ly/basler-multis)



Uhren- und Präzisionsindustrie

Grösste Firmen:

- Swatch Group (Biel BE)
- Rolex (Genf)
- Patek Philippe (Genf)
- Audemars Piguet (Le Brassus VD)

Beschäftigte: ca. 60 000 in der Schweiz

Von den 16 Millionen jährlich exportierten Schweizer Uhren geht die Hälfte nach Asien. Den grössten Exportanteil machen Luxusuhren mit einem Wert von über 3000 US-Dollar aus.

Industrie weltweit: So nimmt die Politik Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung In der Chip-Industrie und Rüstung mischen die grossen Staaten mit

In den grössten Volkswirtschaften der Welt haben staatliche Aufträge und industriepolitische Programme einen immer grösseren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Nähe von Staat und Grosskonzernen ist im Bereich der Chip-Produktion und Rüstung besonders ausgeprägt.

IWAN SCHAUWECKER

China: E-Autos, Stahl und «Made in China 2025» (MIC 2025)

Industriepolitik ist fester Bestandteil des chinesischen Staatskapitalismus. Nach Schätzungen des US-Think-Tanks CSIS subventionierte China die E-Auto-Industrie zwischen 2009 und 2023 mit mindestens 230 Milliarden US-Dollar. 2015 startete China das industriepolitische Programm MIC 2025, um bis 2050 führender Hersteller von Qualitäts- und Hightech-Produkten zu werden. Seit 2025 ist die chinesische Marke BYD (Build Your Dreams) der weltweit grösste

Staatsfonds spielen eine wichtige Rolle in der Industrie.

Produzent von E-Autos. Auch die Stahlproduktion in China wird massiv subventioniert, was seit 2020 zu einer Verdoppelung der Stahl-Exporte führte. 2024 kündigte Staatschef Xi eine Erhöhung der Subventionen für die Chip-Industrie auf 90 Milliarden Euro an.

EU: European Green Deal, Chips und KI-Datenzentren

Der ökologische Umbau der Industrie wird in der EU seit 2022 im Rahmen des Green Deal Industrial Plan (GDIP) vorangetrieben. Die EU un-

terstützt europäische Regionen, die überdurchschnittlich von fossilen Brennstoffen abhängig sind, mit 150 Milliarden Euro. Ausserdem wird der Ausbau der Chip-Industrie zusammen mit privaten Investoren bis im Jahr 2030 mit 43 Milliarden Euro subventioniert. Anfang 2025 lancierte die EU-Kommission zudem einen EU-Fonds im Umfang von 20 Milliarden Euro für den Aufbau von KI-Datenzentren.

USA: Inflation Reduction Act (IRA), Chips und Rüstung

Unter dem früheren US-Präsidenten Joe Biden hat der US-Kongress 433 Milliarden US-Dollar zur Förderung der Produktion von Batterietechnik für Elektromobilität und für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in den USA bewilligt. Im Rahmen des Chips and Science Act wird die Forschung und die Herstellung von Chips in den USA mit 280 Milliarden US-Dollar subventioniert. Ende August ist die Trump-Regierung mit einer 10-Prozent Beteiligung beim kriselnden US-Chiphersteller Intel eingestiegen. Kostenpunkt: 5,7 Milliarden US-Dollar. Die Regierung prüft ausserdem eine Beteiligung am weltweit grössten Rüstungskon-

zern Lockheed Martin, der auch die Kampffjets F-35 herstellt.

Japan: Staat und Konzerne für Chips der nächsten Generation

Die japanische Regierung subventioniert die Chipindustrie und die Förderung «künstlicher Intelligenz» bis 2030 mit umgerechnet 61 Milliarden Euro. Diese Subventionen kommen insbesondere dem halbstaatlichen Joint Venture und Chiphersteller Rapidus zugute, an dem Sony, Toyota und japanische Banken beteiligt sind.

Weltweit: Staatsfonds als industriepolitische Akteure

Staatsfonds spielen mit ihren enormen Vermögen ebenfalls eine wichtige Rolle bei industriepolitischen Weichenstellungen. Die einflussreichsten Staatsfonds mit Kapitalanlagen von über 1000 Milliarden Euro befinden sich in Norwegen, China und in den Golfmonarchien.

Weltweit: Steigende Militärbudgets und Rüstungsaufträge

Die weltweiten Militärausgaben stiegen im vergangenen Jahr um rekordhohe 9,4 Prozent. Sie belaufen sich nun auf 2700 Milliarden Dollar. Das geht aus den Zahlen des Stockholm Friedensforschungsinstituts SIPRI hervor. Das Schweizer Rüstungsprogramm 2025 führt voraussichtlich zu Aufträgen an Schweizer Unternehmen im Umfang von 604 Millionen Franken und zu Kompensationsgeschäften in der Höhe von 810 Millionen Franken.



Für nachhaltige Arbeitsplätze in der Schweizer Industrie

Rollmaterial statt Rüstung!



LIEBER ZUG ALS PANZERWAGEN: Investitionen in die zivile Infrastruktur schaffen mehr Wohlstand für das Land. FOTOS: KEYSTONE

Der Industrie-Verband Swissmem will von der weltweiten Kriegstreiberei profitieren und die Exportbestimmungen für Kriegsmaterial lockern. Und gleichzeitig Sozialwerke und Klimaschutz schwächen. Für Unia-Präsidentin Vania Alleva ist das völlig falsch: Sie fordert eine Stärkung der Schweizer Industrie durch Züge statt Waffen.

IWAN SCHAUWECKER

Während Trump die US-Armee auf den Strassen Washingtons patrouillieren lässt, organisierte Armasuisse, das Schweizer Bundesamt für Rüstung, zusammen mit dem Arbeitgeberverband Swissmem erstmals den «Swiss Defence Industry Day». Dieser fand Ende August in der Schweizer Botschaft der US-Hauptstadt statt.

«Namhafte Schweizer Rüstungsunternehmen präsentieren sich in einem Showroom an individuell gestalteten Ständen», schreibt der Bundesrat in einer Medienmitteilung. Eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter des US-Department of Defense, das Trump eine Woche später in Department of War (Kriegsministerium) umbenannte. Auch US-Rüstungsunternehmen, der Wirtschaftsverband National Defense Industrial Association sowie Verteidigungs- und Militärattachés verschiedener Länder waren auf der Gästeliste. Ein weiterer «Swiss Defence Industry Day» soll in den nächsten Monaten in der EU-Hauptstadt Brüssel stattfinden.

SWISSMEM LOBBYIERT – BISHER OHNE ERFOLG

Diese Werbeanlässe sind Teil der rüstungspolitischen Strategie des Bundesrates, welche die Stärkung der Schweizer Rüstungsindustrie zum Ziel hat. Auf Arbeitgeberseite organisiert Swissmem etwa 100 Rüstungsunternehmen als eige-

nen Industriesektor Swiss ASD (Aeronautics, Security and Defence). Mit der Lobbygruppe Arbeitskreis Sicherheit und Wirtschaft sorgt Swissmem für die Nähe der Rüstungsfirmen zur Schweizer Politik.

Zur Ankurbelung der Schweizer Rüstungsgeschäfte lobbyiert Swissmem auch für die Lockerung der Exportbestimmungen für Kriegsmaterial. In der Vergangenheit mit Erfolg, zum Beispiel bei den Exporten von Dual-Use-Werkzeugmaschinen nach Russland. Doch die jetzt von Swissmem geforderte Revision des Kriegsmaterialgesetzes hat



«Die Mittel der öffentlichen Hand müssen nachhaltige Jobs und faire Löhne sichern.»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA

STABILE RÜSTUNGSEXPORTE

Obwohl die weltweiten Militärausgaben steigen, sanken die Schweizer Kriegsmaterialexporte im letzten Jahr um 5 Prozent. Vor allem seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine meiden europäische Länder Schweizer Rüstungsfirmen wegen der Neutralität und den strengeren Exportbestimmungen. Insbesondere die Exporte von Panzern und gepanzerten Kampffahrzeugen brachen ein. Doch der Gesamtwert der Rüstungsexporte lag mit 665 Millionen

Franken weiterhin über dem Durchschnitt der letzten fünfzehn Jahre.

KLIMASCHUTZ STATT KRIEG

Neben der Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes fordert Swissmem auch eine Schwächung des Klimaschutzes und stemmt sich gegen eine Finanzierung der AHV oder Elternzeit über höhere Lohnnebenkosten. Für Unia-Präsidentin Vania Alleva (55) ist das der völlig falsche Ansatz. Sie sagt: «Swissmem will auf den Zug der europäischen Aufrüstung aufspringen und greift gleichzeitig die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in allen Branchen an.» Der Einsatz von Swissmem für die Rüstungsindustrie, gegen die Sozialwerke und das schwindende Interesse an Klimaschutz sind für Vania Alleva besorgniserregend. Sie sagt: «Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind wir grundsätzlich gegen Kriegstreiberei, für gute Arbeitsbedingungen und Klimaschutz.» Die Rüstungsindustrie schaffe weder nachhaltigen Wohlstand noch langfristige Beschäftigung.

Tatsächlich führt eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Rüstungsgüter um 1 Franken im Schnitt lediglich zu einem Anstieg des BIP um 60 Rappen. Bei Investitionen in die zivile Infrastruktur liegt der Multiplikatoreffekt mehr als doppelt so hoch bei 1,5.

GROSSAUFTRAG DER SBB

Deshalb fordert die Unia-Präsidentin: «Statt einer Rüstungspolitik fordern wir eine Industrie- und Beschaffungspolitik zugunsten ziviler Leitindustrien, so zum Beispiel bei Aufträgen des öffentlichen Verkehrs.» Bund, Kantone und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von rund 40 Milliarden Franken an private Unternehmen, vor allem für öffentliche Bauten, Strassen und den öffentlichen Verkehr.

Die SBB haben aktuell einen Grossauftrag für S-Bahnen in Milliardenhöhe ausgeschrieben. Kommt ein Schweizer Hersteller zum Zug, profitieren auch die rund 170 Schweizer Zulieferbetriebe der Rollmaterialindustrie. Alleva sagt: «Die Mittel der öffentlichen Hand müssen nachhaltige Jobs und faire Löhne sichern. Dieser SBB-Auftrag ist die nächste grosse Gelegenheit dafür.»

Die gewerkschaftliche Antwort auf die US-Zölle:

Für eine soziale und ökologische Industriepolitik

Die Eckpunkte der Unia zum Umgang mit den US-Zöllen und für den ökosozialen Umbau der Schweizer Industrie:

Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich

Wegen der US-Zölle braucht es Schutzmassnahmen für die Arbeitsplätze. Die Unia hat sich erfolgreich für die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung von 18 auf 24 Monate eingesetzt. Das Parlament sagt Ja dazu. Die Unia fordert weiter, dass alle von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmenden den vollen Lohnausgleich erhalten. Zudem müssen die Unternehmen während des Bezugs von Kurzarbeitsentschädigung auf Kündigungen verzichten.

Sozialökologischer Umbau

Der Bundesrat will wegen seiner Sparpolitik die Innovationsförderung und Investitionen in die Bahninfrastruktur zurückfahren (-30 Millionen Franken pro Jahr bei Innosuisse, -200 Millionen Franken pro Jahr beim Bahninfrastrukturfonds). Das ist Anti-Industrie-Politik. Die Unia fordert staatliche Investitionen in ökologische Zukunftstechnologien und Infrastruktur.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Seit 2021 gilt das revidierte Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Die Unia verlangt eine konsequente Anwendung der sozialen, ökologischen und strategischen Kriterien. Konkret müssen Faktoren wie CO₂-Ausstoss, Materialrecycling, Integration in lokale Produktionsketten, GAV-Abdeckung bei den Produzenten und Zulieferern und positive Auswirkungen auf den Werk- und Ausbildungsplatz Schweiz bei öffentlichen Aufträgen immer berücksichtigt werden.

Klimaschutz jetzt!

Das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) schreibt vor, dass die Bundesverwaltung bis 2040 und die Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen müssen. Dies ist nur möglich, wenn sofort entschlossen in diese Richtung gesteuert wird.

Deutschland: Auf dem Weg zur Kriegswirtschaft

Satt dem ökosozialen Umbau der Wirtschaft passiert in Deutschland gerade das Gegenteil. Zum Beispiel im VW-Werk in Osnabrück, das der Rüstungskonzern Rheinmetall zur Produktion militärischer Fahrzeuge umbauen möchte. Die hohen Umbaukosten investiert der grösste deutsche Rüstungskonzern nur, wenn es «sichere Aufträge durch den Bund» gebe. Die VW-Befugung wehrt sich bisher gegen die Pläne von Rheinmetall.

ARBEITSRECHT. Weiter fortgeschritten ist der Prozess am ehemaligen Alstom-Standort in Görlitz, der Anfang 2025 vom Waffenhersteller KNDS übernommen wurde. Anstelle von Doppelstockwagen und Trams müssen die Beschäftigten nun Kampf- und Schützenpanzer herstellen. Dies führt auch zu verstärkten Kontrollmassnahmen an ihrem Arbeitsplatz. Auf politischer Ebene versucht die Europäische Kommission, die Rüstungsindustrie vom Arbeits- und Umweltrecht auszunehmen und damit die Begrenzung der Arbeitszeit auszuhebeln.

Gaza-Solidarität Generalstreik in Italien

Italiens Zivilbevölkerung mobilisiert gegen den Völkermord in Gaza.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Hunderttausende gingen am 22. September in über 80 Städten Italiens auf die Strasse und protestierten gegen den Völkermord in Gaza. Die Basisgewerkschaften Unione Sindacale di Base (USB) und SI Cobas hatten zum Generalstreik aufgerufen. Vom Streik betroffen waren insbesondere die norditalienischen Häfen, der Verkehr, das Gesundheitswesen, Schulen und Universitäten. In Genua blockierten Tausende den Zugang zum Hafen, um alle Lieferungen nach Israel zu stoppen. Die Hafnarbeiter von Genua hatten bereits Ende August in einer mächtigen Kundgebung gezeigt, dass sie die Flottille unterstützen, die mit Hilfsgütern nach Gaza unterwegs ist. Sie stellten klar: «Verlieren wir den Kontakt mit unseren Schiffen, und sei es auch nur für 20 Minuten, legen wir ganz Europa lahm.»

65 000 TOTE. Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 führt die israelische Regierung einen Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung von



MAILAND: Eine Protestierende stellt sich der Polizei in den Weg. FOTO: KEYSTONE

Gaza. Mindestens 65 000 Palästinenserinnen und Palästinenser hat die israelische Armee bereits getötet, dazu kommen die Menschen, die verhungert und verdurstet sind.

Dem Generalstreik schlossen sich Studierende, Prekärbeschäftigte, einfache Bürger, ganze Familien mit Kindern an. Die Gewerkschaftsverbände waren hingegen nicht dabei. Die Gewerkschaft CGIL, die sich ebenfalls stets für Palästina eingesetzt hat, organisierte einige Tage zuvor einen eigenen Streik, der jedoch nicht die gleiche Wirkung erzielte.

Am Bahnhof in Mailand kam es zu Zusammenstößen zwischen Beamten und Demonstrierenden. Ministerpräsi-

Giorgia Meloni springt auf den Zug der Hetze gegen die «Antifa» auf.

dentin Giorgia Meloni nahm diese zum Anlass, um auf den Zug der Hetze gegen die «Antifa» aufzuspringen, die aktuelle Lieblingsfeindin von Donald Trump oder Viktor Orbán (Ungarn).

PROTESTE IN BERLIN. Auch in Berlin protestierten Zehntausende gegen die israelische Kriegführung in Gaza. Zu den Protesten aufgerufen hat ein Bündnis von etwa 50 Gruppen, darunter Medico International, Amnesty International und die Partei Die Linke. Die Demonstrierenden forderten einen sofortigen Stop deutscher Waffenexporte an Israel, Zugang für humanitäre Hilfe nach Gaza sowie EU-Sanktionen gegen Israel. In der Schweiz kam es in mehreren Städten zu propalästinensischen Demos. In Genf versammelten sich am 27. September über 10 000 Menschen zur grössten Gaza-Demo seit 2023. Auch in Bellinzona gingen Tausende auf die Strassen, in Zürich waren es einige Hundert. Die zentrale Forderung der schweizerischen Demonstrationen: Der Bundesrat soll seinen Verpflichtungen gemäss humanitärem Völkerrecht nachkommen.

Chinesische Social-Media-Plattform schasst 150 Mitarbeitende Berlin: Tiktok-Trainer sind im Streik

Erst haben die «Content-Moderatoren» der Plattform Tiktok in Berlin eine künstliche Intelligenz (KI) trainiert, nun werden sie von ihr ersetzt. 150 Beschäftigte stehen vor der Entlassung. Deshalb streiken sie. Wenn sie schon ihren Job verlieren, wollen sie zumindest eine ordentliche Abfindung und eine längere Kündigungsfrist.

DANIEL BEHRUZI

Content-Moderatorinnen und -Moderatoren haben einen extrem belastenden Job. Im Minutentakt checken sie bei Tiktok gepostete Videos auf problematische Inhalte. Sie sorgen dafür, dass Suizidvideos, Kinderpornographie oder Terrorpropaganda nicht verbreitet werden. Doch diese Aufgabe soll nun eine in China entwickelte KI übernehmen. Besonders intelligent ist die künstliche Intelligenz allerdings nicht. Da wird schon mal ein Mann mit Turban, der in der Küche steht und kocht, zum Terroristen erklärt. Oder in der Hand gehaltene Orangen werden als weibliche Brust erkannt. «Die KI kann Bilder nicht in ihren Kontext einordnen, doppeldeutige Botschaften erkennt sie nicht. Wenn sie sich selbst überlassen wird, ist das für uns alle gefährlich», betont Kathlen Eggerling, Verhandlungsführerin der Gewerkschaft Verdi, in der sich die Streikenden organisiert haben.

BILLIG-JOBS

Neben der KI sollen auch billigere Dienstleister zum Einsatz kommen, um die Festangestellten in Berlin und anderswo zu ersetzen. «Tiktok entledigt sich so der Verantwortung für die Beschäftigten, aber auch für den Schutz der Nutzerinnen und Nutzer», kritisiert die Gewerkschafterin. «Wir wissen von Dienstleistungsfirmen, zum Beispiel in Kenia, deren Angestellte 2,50 Euro pro Stunde bekommen, krasse Taktvorgaben haben und wo Fehler sofort massiv bestraft werden.»

In Berlin hat sich die Tiktok-Belegschaft hingegen gewisse Standards erkämpft. 2022 gründete sie mit Unterstützung von Verdi einen Betriebsrat (Personalkommission), der auf die Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen



WIR HABEN EURE MASCHINEN TRAINIERT: Die Berliner Tiktok-Mitarbeitenden wehren sich gegen die Abbaupläne des chinesischen Techgiganten. FOTO: DPA

achtet. Doch nun wird die Trust-and-Safety-Abteilung geschlossen, wo die meisten Betriebsräte arbeiten. 150 der insgesamt etwa 400 Beschäftigten sollen entlassen werden. Für viele

Der chinesische Techkonzern verweigert Verhandlungen und forciert ein Gerichtsverfahren.

bedeutet das nicht nur den Verlust ihres Einkommens, sondern auch ihres Aufenthaltsrechts in Deutschland. Gewerkschafterin Eggerling sagt: «So mit den Menschen umzugehen ist reine Willkür. Es ist absolut richtig, dass sie sich gegen die Gewinnmaximierung auf ihre Kosten wehren.»

Verdi fordert einen Sozialtarifvertrag, der eine Abfindung von drei Jahresgehältern und eine zwölfmonatige Kündigungsfrist fest schreibt. Doch der chinesische Techkonzern verweigert Verhandlungen und forciert stattdessen ein Gerichtsverfahren, das eine schnelle Einigung mit dem Betriebsrat erzwingen soll.

PIONIERARBEIT

«Die Beschäftigten bei Tiktok in Berlin machen Pionierarbeit», sagt Kathlen Eggerling. «Sie

kämpfen für faire Bedingungen in einer Branche, die systematisch Verantwortung auslagert.» In der betroffenen Abteilung haben sich mehr als 70 Prozent der Gewerkschaft angeschlossen. «Ihr Mut ist wirklich bemerkenswert und inspiriert hoffentlich andere, sich auch nicht mehr alles gefallen zu lassen.» Um gegen solche Konzerne zu bestehen, müssten sich die Beschäftigten an allen Standorten und auch international zusammenschliessen. Um das deutlich zu machen, sandten die Streikenden eine Solidaritätsbotschaft an ihre Kolleginnen und Kollegen in London, die ebenfalls um ihre Jobs kämpfen.

PROFITE DER MÄCHTIGEN

Beim Streik in Berlin geht es um die Zukunft der Betroffenen, aber auch um Grundsätzliches. Die zentrale Frage sei, wem die technologische Revolution nütze – und wer den Preis zahle, so der Gewerkschafter Daniel Gutierrez bei einer Kundgebung. «Wenn KI dazu dient, die Profite der Mächtigen zu steigern und die Arbeitsplätze derjenigen zu vernichten, die diese Systeme überhaupt erst ermöglicht haben, dann ist das keine Innovation, sondern eine Enteignung der vielen zugunsten der wenigen.»

Weil Trump dem belarussischen Diktator schmeichelte: Lukaschenko begnadigt Gewerkschafter – und verbannnt sie aus dem Land

Nach 3,5 Jahren Haft wurden zwei belarussische Gewerkschaftsführer begnadigt – zusammen mit 50 anderen Gefangenen. Ganz frei sind sie trotzdem nicht. Und Diktator Lukaschenko profitiert doppelt.

JONAS KOMPOSCH

In der belarussischen Opposition ging das Gerücht schon länger um: Langzeitherrscher Alexander Lukaschenko wolle einige der rund 1200 politischen Gefan-

Lukaschenko entliess seine Feinde ohne ihre Pässe. Das bedeutet Zwangsexil.

genen begnadigen. Und doch hätte niemand erwartet, was sich am 11. September ereignete: 52 Häftlinge wurden aus ihren Zellen geholt und kurzerhand ins Nachbarland Litauen verschleppt und dort entlassen.

Bei den Begnadigten handelt es sich um Medienschaffende, Menschenrechtsaktivisten oder Politikerinnen, etwa der verbotenen Grünen Partei. Auch die Arbeiterführer Alexander Jaraschuk (73) und Gennadiz Fedynich (66) kamen nach dreieinhalb Jahren vorzeitig frei. Jaraschuk ist Präsident des seit 2022 verbotenen belarussischen Gewerkschaftsbunds, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbunds und Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Fedynich ist ehemaliger Vorsitzender der ebenfalls zerschlagenen Gewerkschaft der radioelektronischen Industrie.

Ganz überraschend sei seine Entlassung nicht gekommen, sagt Jaraschuk. Denn: «Im Juli kam ein Staatsanwalt zu mir und drängte mich mit allen Mitteln, ein Begnadigungsgesuch zu unterzeichnen.» Ohne Erfolg. Dass Jaraschuk nun trotzdem freikam, ist dem Druck der internationalen Gewerkschaften zu ver-



EMOTIONAL: Die Freigelassenen bei der Ankunft in Litauen. FOTO: KEYSTONE

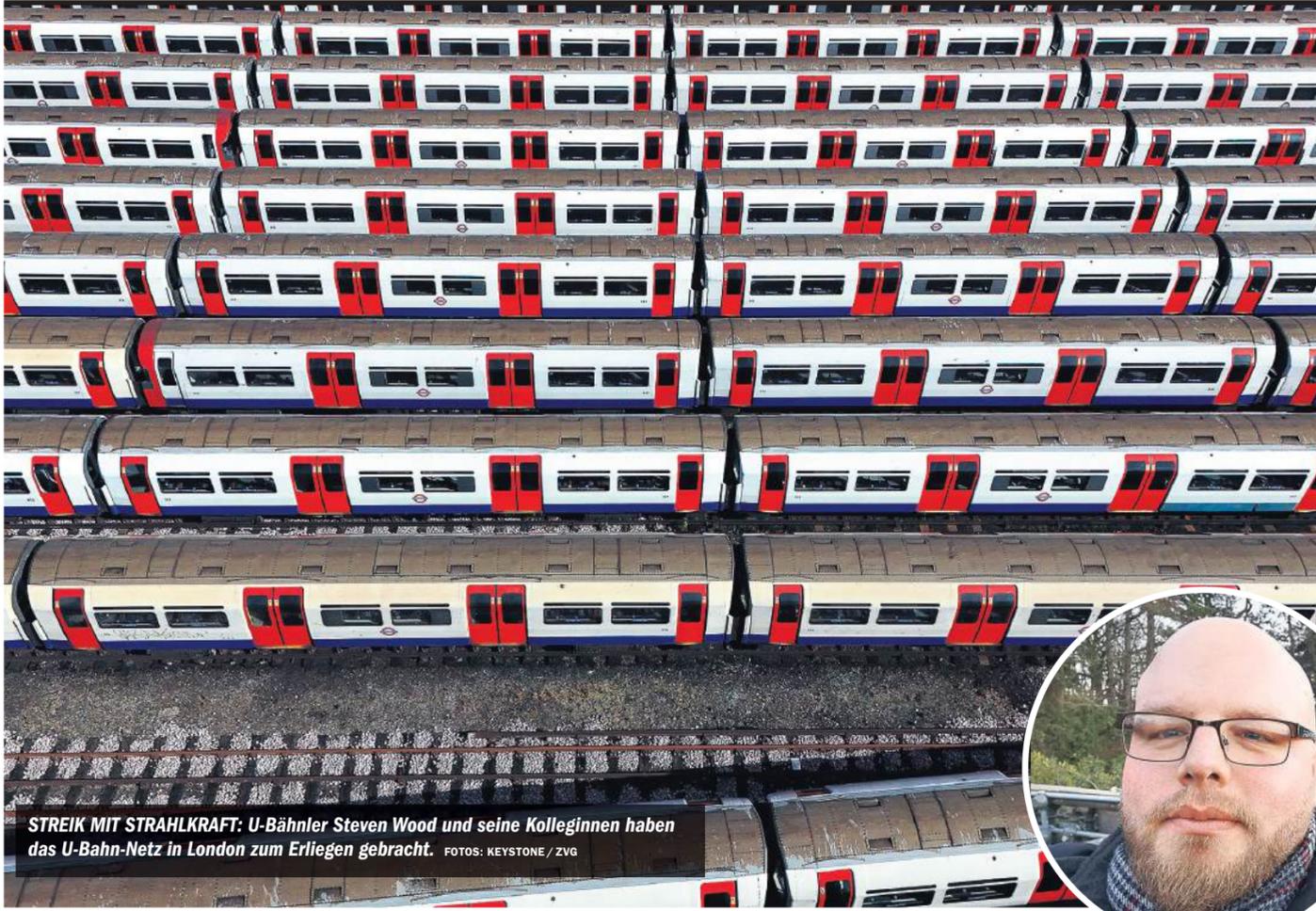
danken. Den Ausschlag gab allerdings ein Trumpscher «Deal».

EIN AKT DER FREUNDSCHAFT

Im Juni hatte der US-Präsident seinen Ukraine-Gesandten John Coale nach Minsk geschickt. Coale überreichte dem Diktator einen von Trump und Ehefrau

Melania signierten Geburtstagsbrief und betonte, dies sei ein «seltener Akt der Freundschaft». Lukaschenko war begeistert ob der ersten westlichen Schmeicheleinheit seit seinem Wahlbetrug 2020 und seiner Schützenhilfe für Russlands Ukrainekrieg. Er schlug vor, einen «Big Deal, so wie Trump ihn mag», abzuschliessen.

Darauf lockerten die USA die Sanktionen gegen die Fluggesellschaft Belavia. Auch die Wiedereröffnung der Botschaft in Minsk wird erwogen. Die Begnadigung einiger Gefangener ist Lukaschenkos Dank dafür. Wobei sich der 71jährige als gerissener Taktiker erwies. Denn er entliess seine Feinde ohne ihre Pässe. Das bedeutet Zwangsexil. Für den angeblichen «Extremisten» Jaraschuk besonders bitter: Seine Haftstrafe hätte am 1. November ohnehin geendet, und er hätte zurück zu seiner Familie können. Trotzdem denkt er nicht ans Aufgeben: «Wir werden zurückkehren. Für die Befreiung von Belarus!»



STREIK MIT STRAHLKRAFT: U-Bähnler Steven Wood und seine Kolleginnen haben das U-Bahn-Netz in London zum Erliegen gebracht. FOTOS: KEYSTONE / ZVG

Grossbritannien: U-Bähnler fordern 4-Tage-Woche Sie haben London lahmgelegt

Wer in London Aufmerksamkeit will, legt die U-Bahn still. Das haben die 10 000 Streikenden der Transportgewerkschaft RMT geschafft. Zweieinhalb Jahre nach der grossen Streikwelle ist die Gewerkschaftsbewegung in Grossbritannien ziemlich selbstbewusst.

PETER STÄUBER*, LONDON

Wenn die U-Bähnler streiken, geht in der britischen Hauptstadt nichts mehr. Überfüllte Busse, verstopfte Strassen, Gedränge an den Bahnhöfen, missmutige Passagiere. Die Rail, Maritime and Transport Union (RMT), die einen Grossteil der Angestellten im Londoner ÖV vertritt, hatte für Anfang September zum Streik gerufen und damit das grösste U-Bahn-Netz Europas lahmgelegt. Rund 10 000 Ingenieure, Stationspersonal, Stellwerker und Zugführer streikten – und über drei Millionen Londonerinnen und Londoner, die jeden Tag die «tube» benutzen, mussten alternative Verkehrsmittel finden.

U-Bahn-Fahrer Stephen Wood (37) sagt schmunzelnd: «Es klappte ganz gut.» Und meint damit: Der Streik verursachte ausreichend viel Chaos und damit viel Aufmerksamkeit. Er spricht hier als Privatperson, nicht als Sprecher der RMT. Wood stand in jener Woche am Streikposten an der Station Acton Town im Westen Londons. Er ist U-Bahn-Fahrer auf der Piccadilly Line, der blauen Linie, die die Metropole von West nach Ost durchquert. Zudem ist er aktiver Gewerkschafter. Bei der RMT amtiert er als stellvertretender Sekretär für die Zweigstelle Piccadilly and District Line West.

4-TAGE-WOCHEN

Beim Streik ging es vor allem um die Forderung einer kürzeren Arbeitswoche. Wood sagt: «Wir wollen unser Wochenpensum auf 32 Stunden senken, bei gleichbleibendem Lohn; ein U-Bahn-Fahrer verdient etwa 70 000 Pfund im Jahr.» Eine 4-Tage-Woche würde die Situation der Zugfah-

rinnen und -fahrer und des anderen Personals auf der U-Bahn verbessern. Denn Ermüdungserscheinungen seien ein häufiges Problem in der Branche. Der Arbeitgeber, Transport for London (TfL), hat zwar eine Lohnerhöhung von 3,4 Prozent für alle Underground-Angestellten angeboten. «Aber TfL ist nicht bereit, überhaupt mit uns über eine kürzere Arbeitswoche zu reden», sagt Wood.

NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN

Der wochenlange Streik war der erste auf der Londoner U-Bahn seit über zwei Jahren. Damals, im Frühjahr 2023, war in Grossbritannien gerade eine bedeutende Periode der Arbeitsdispute zu Ende gegangen: In den acht Monaten zuvor erlebte das Land die grösste Streikwelle seit mindestens drei Jahrzehnten. Galoppierende Inflation und die dadurch steigenden Lebenshaltungskosten hatten Lohnabhängige in unzähligen Sektoren – darunter Pfleger, Ärztinnen, Zollbeamte, Zivilbeamte und Lehrer – in ernste Schwierigkeiten gebracht. Sie sahen eine Arbeitsniederlegung als letzte Möglichkeit, Lohnerhöhungen durchzusetzen. An manchen Tagen waren mehrere Hunderttausend Angestellte im Ausstand (work berichtete: rebrand.ly/britische-streikwelle).

Was ist davon übriggeblieben? Gewerkschafter Wood sagt: «Die Streikwelle hat vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern etwas mehr Zuversicht gegeben.» Das treffe gerade auf junge Leute zu: «Sie haben gesehen, dass man durchaus etwas erreichen kann, wenn man kollektiv die Arbeit niederlegt.» Besonders viel Selbstbewusstsein haben die Assistenzärztinnen und -ärzte gewonnen, die damals zu den prominentesten Streikenden zählten. Im Juli 2024, nach mehr als zehn separaten Streikperioden, gewährte ihnen die neue Labour-Regierung eine Lohnerhöhung von rund 22 Prozent. Aber um die Lohneinbussen der vergangenen fünfzehn Jahre wettzumachen, sei mehr nötig, sagen die Ärzte. Und so sind sie im vergangenen Juli erneut in den Streik getreten, sie fordern eine Lohnerhöhung von 29 Prozent.

Schlagzeilen hat auch der Streik der Güselmänner und -frauen in Birmingham gemacht. Seit März streiken rund 350 «bin workers», die

zur Gewerkschaft Unite gehören. Die Lokalbehörde der zweitgrössten Stadt Grossbritanniens hat eine Vertragsänderung angekündigt, die in einer Jahreslohneinbusse von bis zu 8000 Pfund (ca. 8500 CHF) für etwa 150 Angestellte resultieren würde. Das akzeptieren die Gewerkschafter nicht, aber die Lokalbehörde stellt auf stur – und so haben die Unite-Mitglieder für eine Verlängerung des Streiks gestimmt. Am vergangenen Wochenende sind sie erneut durch die Strassen gezogen, zusammen mit mehreren Hundert Unterstützern. «Es ist nicht fair, dass sie die Löhne der Leute auf diese Weise kürzen», sagte die Güselwagen-Fahrerin Ronnie Mills zur BBC. Sie wolle zurück zur Arbeit – «aber nicht für diesen tieferen Lohn».

ENTTÄUSCHTE ARBEITERSCHAFT

Im Vergleich zur Streikwelle von 2022/23 gibt es heute einen grossen Unterschied: Es sind nicht mehr die konservativen Tories an der Macht, sondern die Labour-Partei. Diese pflegt enge Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Gewerkschaften die Partei finanziell unterstützen. Tatsächlich plant Labour ein Gesetz, das die Rechte der Arbeitnehmenden stärken würde. Es würde unter anderem besser vor ungerechtfertigter Entlassung schützen. Zudem soll es die Antigewerkschaftsgesetze, die die Tories eingeführt hatten, teilweise rückgängig machen. Es würde also beispielsweise weniger Hürden geben, bevor ein Streik ausgerufen werden kann.

Aber insgesamt, so U-Bahn-Fahrer Stephen Wood, ist die Arbeiterbewegung ziemlich enttäuscht von der neuen Regierung. «Sie hat grössere Sozialkürzungen eingeführt, etwa beim Kindergeld für arme Haushalte oder dem Heilzuschuss für Rentnerinnen und Rentner.» Viele Lohnabhängige hätten die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände schon längst aufgegeben. Dass es wieder vermehrt zu Arbeitskämpfen kommt, kann er also nicht ausschliessen. Die Gewerkschaft RMT wird sich bald wieder mit dem Arbeitgeber zu Gesprächen zusammensetzen. Wenn sie nicht fruchten, dann könnte London bald wieder stillstehen.

*Peter Stäuber ist freier Journalist in London. Er schreibt unter anderem für die «Wochezeitung» (WOZ) und ist Mitglied der Journalist:innen-Gewerkschaft National Union of Journalists.

Frankreich Das Regime in der Krise

Fällt Macron? Gewerkschaften und Gesellschaft machen mobil.

OLIVER FAHRNI

Die Gewerkschafterin Sophie Binet will dem französischen Regierungschef Sébastien Lecornu zeigen, wo der Hammer hängt. Am 2. Oktober wird eine Koalition der Gewerkschaften («Intersyndicale») mit einem Landesstreik die «Kräfteverhältnisse klarstellen: Ignoriert Lecornu unsere Forderungen, endet er bald auf Macrons Friedhof der Premierminister.» Er ist bereits der dritte seit Sommer 2024.

Diesmal wird sich die Generalsekretärin der CGT nicht mit «Konsultationen» abspesen lassen. Rentenreform

Die Wucht der sozialen Revolte überraschte auch die Gewerkschaften.

und Austerität müssen gekippt, gerechtere Steuern (für Service public, Erziehung, Spital und Klima) eingerichtet werden. Sie will den politischen Bruch.

TRUPPE GEGEN DAS VOLK. Dieser liegt in der Luft. Am 10. September waren 350 000 Französisinnen und Franzosen losgezogen, das Land zu «blockieren». Nach acht Jahren unter Emmanuel Macron sind sie am Ende ihrer Leidensfähigkeit. Das Regime raubt ihnen zunehmend die Lebenschancen, hat aber die reichsten 1500 immens bereichert. Jetzt lässt der Präsident den Klassenkampf von oben eskalieren: Service public und Sozialversicherungen sollen weitere



SETZT MACRON UNTER DRUCK: Sophie Binet, Generalsekretärin der Gewerkschaft CGT. FOTO: KEYSTONE

44 Milliarden Euro verlieren, um die 220 Milliarden Steuergeschenke an die Konzerne zu finanzieren.

Die Wucht der sozialen Revolte überraschte auch die Gewerkschaften. Doch angetrieben von ihrer Basis, klinkten sie sich rasch ein. Am 18. September gingen in 70 Städten schon mindestens 800 000 auf die Strasse (1 Million, sagt die CGT). Motto: «Wir blockieren mehr».

Macron reagierte wie immer: 82 000 Mann seiner berüchtigten Polizei sollten die Bewegung ersticken. Knüppel raus. Gewerkschafter wurden präventiv verhaftet. Vor dem Elysée-Palast gingen die neuen Centaure-Panzer der Gendarmerie in Stellung. Da kochte auf Streikpiketts und in den Demos ein Slogan hoch: «Generalstreik!»

GEGENDEMO DES KAPITALS. Das soziale Fieber steigt. In Hunderten von Ortsgruppen stellen Organisierte und Nichtorganisierte Aktionen auf die Beine. Leitschnur: festliche Konvergenz aller Anliegen und Kämpfe.

Die traditionelle Politik quitiert das verächtlich. Doch das Kapital hat verstanden, was auf dem Spiel steht. Unter Anleitung des Trump-Freundes und Luxus-Händlers Bernard Arnault (LVMH) entfachte es eine Kampagne gegen eine minimale Steuer (2 Prozent) auf Kapitalvermögen von über 100 Millionen. Am 13. Oktober wollen sie mit einem «riesigen Meeting» klarmachen, dass dieses Land allein ihnen gehört.



EU-Verbrennerverbot unter Beschuss: Warum hassen die Rechten den technischen Fortschritt so?

Der ökologische Umbau ist weder rechts noch links. Trotzdem führen in den USA die Trumpisten einen erbitterten Kampf gegen die Windenergie. Und in Deutschland laufen CDU und CSU gegen das angebliche Brüsseler Verbrennerverbot Sturm, um der rechtsradikalen AfD Stimmen zu klauen.

Deutschland hat nach dem Atomstieg die Wind- und Solarenergie massiv gefördert, dies zulasten der Steuerzahlerinnen und der Stromkonsumenten. Mit nachweisbar sensationellen Erfolgen: Heute produzieren Windkraftwerke und Solaranlagen den Strom günstiger als neue Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke. Zwei Dinge überraschen: Niemand in Deutschland ist stolz auf diesen Kraftakt, ohne den ein ökologischer Umbau weltweit gar nicht möglich wäre. Und: Deutschland hat es verpasst, mit einer nationalen Industriepolitik die Solarmodule schwergewichtig im eigenen Land zu produzieren. Fakt ist: Der ökologische Umbau ist weder rechts noch links. Trotzdem überrascht mich der Hass der Rechten auf den technischen Fortschritt!

VERTEUERN. In den USA führen Trump und seine Trumpisten einen erbitterten Kampf gegen die Windenergie. Selbst bewilligten Windkraftwerken



FEINBILD EU: Ein real existierendes Verbrennerverbot existiert nicht, trotzdem nutzen es die Rechten für ihre Polemik. FOTO: DPA

soll rückwirkend die Baubewilligung entzogen werden. Die Regierenden haben nur Öl und Gas in ihren Birnen. Unter dem Strich wird das den Strom für alle Haushalte und alle Unternehmen verteuern. Und somit die Kaufkraft schwächen und die Inflation anheizen. Dies, weil Windkraftwerke als Symbole der Ära von Ex-Präsident Joe Biden gelten. Verstehe, wer kann.

In Deutschland laufen Kanzler Friedrich Merz und der bayrische Ministerpräsident Markus Söder in ihren Reden gegen den technischen Fortschritt Sturm, um der rechtsradikalen AfD Stimmen zu klauen.

Vor den letzten Bundestagswahlen machten CDU und CSU ein grosses Tamtam um die Öko-Umweltziele des damaligen grünen Klima-

schutzministers Robert Habeck. Dies, obwohl etwa Wärmepumpen auch dank neuen umweltfreundlichen Kühlmitteln immer effizienter und immer leiser werden. Kurzfristig ging dann die Zahl der neu installierten Wärmepumpen zurück, weil der deutsche Michel und Emma Rappenspalterin etwas verunsichert waren. Jetzt steigt die Zahl wieder.

AUFHOLEN. Anders bei den Elektroautos, die sich schneller durchsetzen werden, als alle zu hoffen wagen. Deutschland war da lange zu wenig innovativ. Jetzt scheint der grosse Nachbar aber aufzuholen, jedenfalls wenn wir den Ankündigungen an der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in

München Glauben schenken wollen. Dies ist wichtig für den Standort Schweiz, weil in unserem Land viele Autozulieferer produzieren.

Das hindert CDU und CSU jedoch nicht daran, gegen das angebliche Brüsseler Verbrennerverbot Sturm zu laufen. Dabei wird in der EU ab 2035 gar kein Verbrenner-Aus gelten: So wird es weiterhin möglich sein, einen neuen Porsche 911 mit Verbrennungsmotor zu kaufen, nur muss der Wagen mit E-Fuel oder mit Bio-Benzin betankt werden. Wetten, dass auch die Schweizer Rechten in ihrem Kampf gegen die Bilateralen III dieses real nicht existierende Verbrennerverbot zum Thema machen werden?

Auch die deutsche CDU-Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat ein Problem mit dem Fortschritt. Während Wochen kündigte sie an, sie werde den Ausbau der erneuerbaren Energien stoppen und auf den Bau neuer Gaskraftwerke setzen. Trotzdem hat der Berg jetzt eine Micky-Maus geboren: Korrekturen zum bisherigen Kurs gibt es nur hinter dem Komma. Die ganze Aufregung war für nichts!

Und die Moral aus der Geschichte? Wer mit den rechten Wölfen heult, wird früher oder später einer von ihnen. Oder muss mit der AfD oder der SVP ins Lotterbett. Nicht vergessen: Historisch gesehen hat die Rechte in der Schweiz sowohl die Gurtenpflicht wie auch den Katalysator bekämpft.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/us-windkraft
US-Präsident Donald Trump führt einen erbitterten Krieg gegen die Windenergie: «Die Stimmung ist angespannt», berichten Branchenvertreter. Man wisse schliesslich einfach nicht mehr, was am nächsten Tag passiere oder ob die Welt dann eine völlig andere sei: «Das ist ein persönlicher Feldzug von Trump gegen Erneuerbare, und das merkt man auch», sagt ein Manager dem deutschen «Handelsblatt». Von Rationalität könne da keine Rede mehr sein.

● rebrand.ly/verbrenner-2035
Die USA haben einen Diktator. Die EU ist ein Basar, in dem alles verhandelt wird. Auf dem Newsportal von «Politico Germany» lesen wir, dass die Europäische Kommission in den kommenden drei Monaten eine Überprüfung des Verbrenner-Aus ab 2035 durchführen wird. Bis Ende des Jahres soll ein Vorschlag zur Änderung des Gesetzes vorgelegt werden. Wen wundert's: Die Autobauer und ihre politischen Unterstützer drängen seit Monaten darauf, die Gesetzgebung abzuschwächen, um die Verwendung des Verbrennungsmotors weit über 2035 zu ermöglichen. Nun soll eine Arbeitsgruppe «definieren, was Technologieneutralität in der Praxis bedeutet. In der Branche wird der Begriff oft verwendet, um mehr Flexibilität in der 2035-Gesetzgebung zu fordern – etwa durch den Einsatz alternativer Kraftstoffe wie E-Fuels oder Biokraftstoffe.»

Sie finden alle Links direkt zum An klicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Entspannter an morgen denken. Mit unseren Vorsorgelösungen.

Unia-Mitglieder profitieren:

25%*

Rabatt auf eine Pensionsplanung.



Ob klassisches Sparen mit dem Vorsorgekonto 3 oder langfristiges Investieren mit zusätzlichen Renditechancen: Sorgen Sie flexibel und bequem vor und sparen Sie dabei Steuern. cler.ch/vorsorge

*Der Rabatt ist gültig, wenn Sie Wertschriften von mindestens 50'000 CHF oder eine Hypothek bei uns haben.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Marc Chesney über die Tech-Oligarchen und den «grünen Kapitalismus» Ein Professor rechnet ab

Während Jahrzehnten war Marc Chesney Professor für Finanzmathematik. Und hat die Geduld mit dem Kapitalismus endgültig verloren. Sein aktuelles Buch ist eine faktenstarke Abrechnung mit den herrschenden Zuständen und ein wortmächtiges Manifest für ein radikal anderes Wirtschaftssystem.

CLEMENS STUDER

Am 24. Dezember 2021 veröffentlichte Netflix pünktlich zu den Festtagen «Don't Look Up». Die rabenschwarze Komödie ist mit Hollywood-Größen wie Leonardo DiCaprio, Meryl Streep und Cate Blanchett erstklassig besetzt. Sie erzählt von einer Astronomie-Doktorandin und ihrem Professor, die einen Kometen auf Kollisionskurs mit der Erde entdecken. Statt die drohende Katastrophe ernst zu nehmen, zögert die US-Präsidentin aus wahltaktischen Gründen, während Medien und Öffentlichkeit zwischen Hysterie, Verdrängung und Verschwörungstheorien schwanken. Ein Tech-Milliardär wittert im Kometen ein Geschäft und torpediert Rettungsmissionen. Am Ende scheitern alle Versuche, die Katastrophe abzuwenden: Der Komet zerstört die Erde, während eine kleine Elite im Raumschiff entkommt – nur um in einer grotesken Pointe von fremden Kreaturen ausgelöscht zu werden.

Im Sommer 2022 beginnt der Ökonom Marc Chesney mit den Arbeiten zu seinem eben erschienenen Buch «Stopp! Gegen Kasino-Finanzwirtschaft und die Vermarktung der Natur». Er ist noch bis 2024 Professor für Finanzmathematik an der Universität Zürich. Er wird es bei seinem Rücktritt 21 Jahre gewesen sein. Kurz: Chesney weiss, wovon er schreibt.

VOM KINO INS KASINO

Chesney sieht in «Don't Look Up» ein Gleichnis für unsere Gegenwart. Klimakrise, Kriege, Artensterben – und die Mächtigen? Beruhigende Neujahtsansprachen, Realitätsverweigerung, weiter so. «Schuldhaft und kriminell», nennt er das.

Das globale Finanzsystem ist ein giftiges Kasino. Banken setzen Wetten in Billionenhöhe ab, Risiken werden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Die Subprime-Krise 2008, die Implosion der Credit Suisse 2023 – alles keine Zufälle, sondern Systemlogik. Chesneys Diagnose ist eindeutig: Dieses System ist nicht entgleist, es funktioniert



ER WEISS, WOVON ER SCHREIBT: Ökonom Marc Chesney rechnet mit den Mächtigen ab. FOTO: KEYSTONE

genau so, wie es für eine kleine, exklusive Kaste funktionieren soll.

Besonders bitter wird Chesney, wenn er über seine eigene Zunft schreibt. Wirtschaftsuniversitäten sind längst keine Orte der Aufklärung mehr, sondern «Kaderschmieden einer gescheiterten Ideologie». Gekaufte Professoren legitimieren das Kasino – mit pseudowissenschaftlichen Theorien über «effiziente Märkte» oder «grünes Wachstum». «White-Collar-Söldner», die sechsstelligen Honorare von Tech-Konzernen und Banken kassieren, um deren Geschäftsmodelle zu preisen.

VEGETARISCHE SCHLACHTHÖFE

Ein eigenes Kapitel widmet Chesney dem «grünen Kapitalismus». Emissionsrechte, Biodiversitätszertifikate, «nachhaltige» Fonds – sind für ihn alles nur «zynischer Ausverkauf». Wer Biodiversität verknappt, um sie an der Börse handelbar zu machen, handle «mit Leben und Tod». Nachhaltige Finanzwirtschaft sei ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich selbst. Wer von «grünem Kapitalismus» träumt, glaubt auch an vegetarische Schlachthöfe. Während sich Konzerne als Nachhaltigkeitsapostel und Retter inszenieren, geht die Zerstörung ungebremst weiter: legal, zertifiziert, extrem profitabel.

DIE TECH-OLIGARCHEN

Im letzten Drittel kümmert sich Chesney um die Tech-Oligarchen: Elon Musk, Jeff Bezos, Mark

Zuckerberg. Für ihn sind sie keine Visionäre, sondern Feudalherren einer digitalen Leibeigenschaft. Mit Monopolstellungen, Subventionen und willfährigen Politikerinnen und Politikern haben sie in wenigen Jahren gigantische Vermögen angehäuft. Jeff Bezos verdiente am 20. Juli 2020 mit 13 Milliarden US-Dollar doppelt so viel, wie der gesamte afrikanische Kontinent an einem Tag erarbeitet. Chesney bezeichnet die markradikale Ideologie als «libertären Extremismus»: ein Krieg aller gegen alle, bei dem die Mehrheit enteignet wird, während sich eine kleine Kaste in Privatjets und Bunkern verschanzte (siehe auch den work-Beitrag: rebrand.ly/die-superreichen).

AUFRUF ZU AUFSTAND

Chesney schreibt mit heissem Herzen und kalter Wut. Nicht alles ist neu, doch die Aufzählung macht Chesneys Fazit absolut nachvollziehbar: Das System lässt sich nicht reformieren. Es muss «entmachtet, delegitimiert und überwunden werden». Seit work-Kolumnist Jean Ziegler hat das kein Schweizer Professor so deutlich formuliert.

Marc Chesney: **Stopp. Gegen Kasino-Finanzwirtschaft und die Vermarktung der Natur.** Westend Verlag, 2025. 208 Seiten, ca. Fr. 28.–.



workxl der wirtschaft

Reto Wyss



KRANKENKASSENPRÄMIEN: EINE ZUMUTUNG OHNE ENDE

Es ist zwar fast schon üblich, aber daran gewöhnen können sich die Arbeitnehmenden ganz sicher nicht: Auch im nächsten Jahr werden die Krankenkassenprämien wieder deutlich steigen, und zwar im Mittel um 4,4 Prozent. Eine vierköpfige Familie bezahlte bereits im Jahr 2016 die horrenden Prämiensumme von fast 10 000 Franken, nächstes Jahr werden es bereits über 14 000 Franken sein. Mit einem solchen Anstieg können die besten Lohnabschlüsse nicht ansatzweise mithalten.

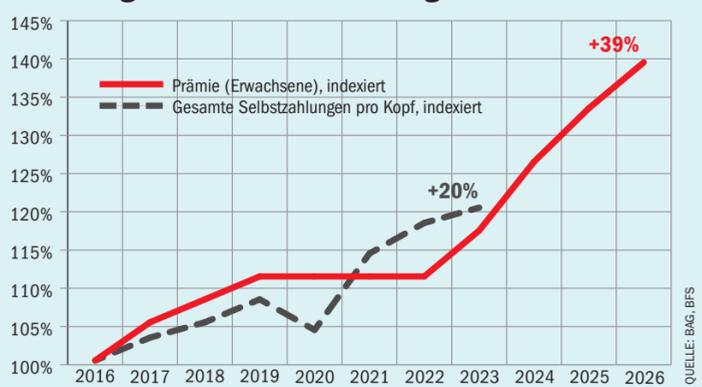
WECHSELKARUSSELL. Die Bürgerlichen sagen oft, die Versicherten könnten selbst viel mehr für tiefere Prämien tun, indem sie zum Beispiel konsequent jedes Jahr zur günstigsten Kasse wechseln. Abgesehen davon, dass dieses Wechselkarussell absurd und teuer ist, können wir alle zusammen mit einem Kassenwechsel nichts einsparen, denn für das Kollektiv gilt der Grundsatz: Prämien = Kosten. Zudem haben bereits heute vier von fünf

Personen ein sogenanntes alternatives Versicherungsmodell gewählt (HMO, Hausarzt, Telemedizin usw.). Viel Spielraum für Optimierung gibt es hier also seitens der Versicherten ohnehin nicht mehr.

FITNESSABO. Die unsoziale Finanzierung des Gesundheitswesens ist aber nicht nur eine Zumutung für die Arbeitnehmenden, sie schadet auch der Wirtschaft: Was sich die Leute für die Prämien vom Mund absparen müssen, das fehlt ihnen für den Restaurantbesuch oder das Fitnessabo.

NOTFALLGEBÜHR. Die ungerechten Kopfprämien scheinen jedoch trotzdem eine heilige Kuh zu sein. Vor mehr als einem Jahr wurde leider die von den Gewerkschaften unterstützte Prämienentlastungsinitiative abgelehnt. Mit der Umsetzung des Gegenvorschlags kommt es zwar zumindest in einigen Kantonen zu einer Erhöhung der Prämienverbilligungen. Dies jedoch nur sehr moderat – und sowieso erst

10 Jahre nur rauf: Entwicklung der Prämien und der gesamten Selbstzahlungen



ab dem Jahr 2028. Gleichzeitig drohen weitere Belastungen der Versicherten, denn das Parlament will sowohl eine Notfallgebühr einführen als auch die Mindestfranchisen erhöhen. Das sind völlig unhaltbare Vorschläge, die unbedingt verhindert werden müssen. Statt-

dessen stehen die Kantone weiter in der Pflicht, endlich mehr Geld für eine soziale Finanzierung des Gesundheitswesens in die Hand zu nehmen.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Zucker-Doku Das Blut der Arbeiterklasse

Von den Anfängen der Kolonialisierung im 15. Jahrhundert bis zur industriellen Revolution im 19. Jahrhundert war Zucker der Stoff für hohe Profite und Wohlstand in Europa. Den Aufbau der Plantagen und die Zuckerprofite bezahlten indigene Völker Amerikas und versklavte Menschen aus Afrika oft mit dem Leben. Von den 12,5 Millionen Afrikanerinnen und Afrikanern, die deportiert wurden, mussten mehr als die Hälfte auf Zuckerrohrplantagen arbeiten. «Wenn man Zucker auspresst, quillt das Blut der Arbeiterklasse heraus», sagt ein brasilianischer Historiker im neuen Dokfilm von Arte.

Zucker, Genuss um welchen Preis? Abrufbar hier: rebrand.ly/zucker

Kontroverses Buch Globaler Wendepunkt Gaza?

Der indische Literaturkritiker Pankaj Mishra wird gerade kontrovers diskutiert. Denn er betrachtet die Ursachen und Konsequenzen des Genozids in Gaza aus einem ungewohnten Blickwinkel. Gedanken von Holocaustüberlebenden wie Primo Levi oder Jean Améry sowie der jüdischen Theoretikerin Hanna Arendt begleiten seine Nachforschungen zu Antisemitismus, zur Erinnerungskultur an die Shoah, zu Nationalismus und zum kollektiven Trauma Israels. Mishra versteht nicht den Ukrainekrieg, sondern Gaza als den entscheidenden Zivilisationsbruch des 21. Jahrhunderts. Und er zeigt, wie westlicher Imperialismus und Kolonialismus fortwirken, was den Zionismus mit dem Hindu-Nationalismus verbindet und welche Hoffnungen es in diesen Zeiten noch geben kann.



Die Welt nach Gaza, Pankaj Mishra, Verlag S. Fischer, 304 Seiten, Fr. 30.–

Neue Archiv-Website Arbeiterbewegung.ch

Seit ihrer Gründung im Jahr 2008 betreibt die Interessengemeinschaft «Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung» eine eigene Website. Nun hat die IG, ein Verbund von Schweizer Forschungsstellen und Gewerkschaften, die Website mit den Archivbeständen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung neu aufgesetzt. Wer auf der Website stöbert, findet Akten von Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften sowie Dokumente aus Personennachlässen. Die IG stellt die neue Website im Rahmen eines Webinars vor.

Montag, 6. Oktober 2025, von 12.30 bis 13.15 Uhr, alle Infos unter: rebrand.ly/ig-relaunch



Das offene Ohr

Regula Dick von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Überstunden: Muss ich als Schwangere auch ran?

Wir haben derzeit sehr viel Arbeit, weshalb Überstunden geleistet werden müssen. Ich bin schwanger und vermag deshalb schon kaum mein normales Arbeitspensum zu leisten. Muss ich auch Überstunden machen?

REGULA DICK: Nein. Eine ungünstige Arbeitsumgebung und übermässige Arbeitsbelastung wirken sich über die Mutter auch auf das Kind aus und können seine Gesundheit und sein Wohlbefinden beeinträchtigen. Das Obligationenrecht bestimmt, dass Arbeitnehmende zur Leistung von Mehrstunden verpflichtet sind, wenn die Überstundenarbeit notwendig ist, die Arbeitnehmenden diese zu leisten vermögen und sie ihnen nach Treu und Glauben zugemutet werden kann.



ÜBERLASTET: Schwangere sind durch das Arbeitsgesetz geschützt. FOTO: ADOBE STOCK

Schon aus dieser Bestimmung lässt sich ableiten, dass Schwangere nicht für zusätzliche Arbeit aufgebieten werden können beziehungsweise sie ihnen nicht zugemutet werden kann. Das Arbeitsgesetz enthält darüber hinaus spezielle Schutzvorschriften: Schwangere dürfen nicht über die ordentliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden. Massgebend ist dabei die Arbeitszeit, die vor der Schwangerschaft vereinbart wurde. Zudem gilt eine absolute Obergrenze: Es dürfen höchstens neun Stunden pro Tag gearbeitet werden. Wurde im Arbeitsvertrag eine längere tägliche Arbeitszeit festgelegt, ist diese während der Schwangerschaft auf neun Stunden zu reduzieren. Auch in Ausnahmesituationen dürfen keine zusätzlichen Arbeitsleistungen verlangt werden, die über diese Grenze hinausgehen.

Probezeit nach der Lehre: Ist das erlaubt?

Ich habe meine Lehre erfolgreich abgeschlossen und darf glücklicherweise im Lehrbetrieb weiterarbeiten. Nun hat mir mein Chef einen neuen Arbeitsvertrag vorgelegt, der für mich eine Probezeit von vier Monaten vorsieht. Ist das rechtlich überhaupt zulässig?

REGULA DICK: Nein. Der Zweck der Probezeit besteht darin, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmerin gegenseitig kennenlernen: Der Arbeitnehmer soll einen praktischen Einblick in die künftige Tätigkeit erhalten, und die Arbeitgeberin soll prüfen können, ob die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit erfüllt sind. In Ihrem Fall ist eine solche Bedenkzeit überflüssig, da Sie Ihre Lehre bereits im gleichen Betrieb absolviert haben. Ihr Arbeitgeber kennt Sie, Ihre Fähigkeiten und Ihr Verhalten bereits bestens. Hinzu kommt, dass nach Art. 335b im Obligationenrecht eine Probezeit ohnehin höchstens drei Monate dauern darf. Eine vertraglich vereinbarte Probezeit von vier Monaten wäre somit in jedem Fall rechtswidrig.

Mentale Gesundheit im Beruf: Fachärztin Elisabeth Balint sagt im Interview

«In einem Betrieb muss es

Wie kündigt sich ein Burnout an? Was kann ein Betrieb für die mentale Gesundheit seiner Mitarbeitenden tun? work im Gespräch mit Elisabeth Balint, Fachärztin für psychosomatische Medizin und Psychotherapie und leitende Ärztin an der Privatklinik Meiringen.

MARIA KÜNZLI

work: Elisabeth Balint, mit welchen Diagnosen kommen die Menschen zu Ihnen, und welche Unterstützung erhalten sie in der Klinik?

Elisabeth Balint: Am häufigsten mit Depressionen und Angststörungen. In der Klinik erhalten sie ein vielseitiges Therapieprogramm. Dazu gehören Grundlagen wie die klare Struktur und Routine auf der Station sowie eine jederzeit ansprechbare Pflegeperson. Durch Ateliers für kreative Tätigkeiten können sie wieder Selbstwirksamkeit erfahren. In der Psychotherapie unterstützen wir, die eigenen Denk- und Verhaltensmuster zu verstehen. Weitere Therapien wie Körper-, Kunst- und Musiktherapie versuchen, dies auf anderem Weg als über Sprache zu erreichen. Der ganze Prozess wird durch die richtigen Medikamente unterstützt. Wichtig ist auch die Sozialberatung, in der es um berufliche Fragen geht: Wie geht es weiter nach der Krankschreibung? Kann und will ich wieder an meinen Arbeitsplatz zurück?

Wie oft ist die Arbeit der Auslöser für psychische Erkrankungen?

Wenn ein Klinikaufenthalt nötig ist, sind die Betroffenen meistens seit längerer Zeit in mehreren Bereichen belastet. Wenn es zum Beispiel nur in der Beziehung oder nur bei der Arbeitsstelle schwierig ist, lässt sich das oft noch ausgleichen. Die Arbeit ist aber ein wichtiger Teil des Lebens, für gewöhnlich stützt sie unser Selbstwertgefühl, ist sinnstiftend und gesunderhaltend.

Welche Faktoren aus dem Arbeitsalltag erleben Sie in der Klinik am häufigsten als Auslöser oder Verstärker von psychischen Belastungen?

Schwierig wird es oft, wenn die Mitarbeitenden wenig oder unklare Rückmeldungen von den Vorgesetzten bekommen, Entscheidungen intransparent sind oder ungerecht erscheinen. Eine zu hohe Last an Aufgaben bei gleichzeitig wenig eigener Kontrolle darüber ist ebenfalls ein Risikofaktor. Dann spielt auch die eigene Persönlichkeitsstruktur eine Rolle: überhöhte Ansprüche an sich selbst oder das Umfeld, Überengagement in der Arbeit und das Fehlen eines sozialen Umfelds ausserhalb der Arbeit. Was schliesslich der Auslö-

«Der Kündigungsschutz in der Schweiz ist ein Problem.»

ser für zum Beispiel eine Depression ist, kann schwer geklärt werden. Wir versuchen, der «Schuldfrage» keine wesentliche Rolle zu geben. Stattdessen überlegen wir gemeinsam mit den Betroffenen, wie und wo sie handeln können.

Welche Rahmenbedingungen müssen in einem Betrieb gegeben sein, damit die mentale Gesundheit nicht leidet?

Da ist zum einen die Organisationsgerechtigkeit: Das bedeutet, es muss in einem Betrieb fair zugehen. Zum andern die Führungsstruktur, hier sind Verlässlichkeit und Sicherheit zwei wichtige Stichworte. Der Betrieb kann für ein Klima der Sicherheit sorgen. Auch ein respektvoller Umgang im Team ist wichtig. Und die Arbeitslast muss zum Mitarbeitenden und seinen Kompetenzen passen. Also umgekehrt formuliert: Überforderung, ein Klima der Angst und Ungerechtigkeit sind Faktoren, die der mentalen Gesundheit schaden.

Gibt es politische Veränderungen, die aus Ihrer Sicht

dringend nötig wären, um die psychische Belastung im Arbeitsleben generell zu verbessern?

Der Kündigungsschutz ist in der Schweiz für viele Betroffene ein Problem. In Deutschland sind krank geschriebene Mitarbeitende für anderthalb Jahre vor einer Kündigung geschützt. Sie haben Zeit zu genesen, ohne Angst, die Arbeitsstelle zu verlieren – und die Wiedereingliederung ins Berufsleben gelingt dadurch leichter. In der Schweiz dauert der Kündigungsschutz meist nur wenige Monate. Eine Kündigung bedeutet für die Betroffenen: ein weiterer Rückschlag, eine erneute Belastung. Die entstehende Lücke im Lebenslauf erschwert den Bewerbungsprozess. Wird die psychische Erkrankung offen kommuniziert, erhalten die Bewerber häufig Absagen – und diese sind schon für gesunde, unbelastete Menschen nicht einfach. So dauern die depressiven Symptome und eben auch die Krankschreibung länger. Das könnte mit einem besseren Kündigungsschutz aufgefangen werden. Ausserdem ist auch das Schuldbetriebs- und Konkursrecht ein Problem.

Inwiefern?

Wer hohe Schulden anhäuft, wird sie ein Leben lang kaum mehr los. Ich habe schon einige Patientinnen und Patienten erlebt, die die Problematik, die sie zu den Schulden geführt hat, nach Jahren der Therapie überwunden haben. Doch wegen der hohen Schulden haben sie keine Perspektive und keine Möglichkeit, ein normales Leben zu führen. Ich finde, da müsste es auch in der Schweiz die Option geben, die Schulden zu erlassen.

Beruflichen Stress oder belastende Phasen kennen die meisten. Doch wann sollten Betroffene genauer hinschauen und sich Hilfe holen?

Wer nicht mehr entspannen und vom Job abschalten kann, sollte etwas ändern. Weitere Warnzeichen sind zum Beispiel Gereiztheit, Sarkasmus, schlechter Schlaf. Auch wenn im Beruf mehr Fehler passieren und der Stress die Beziehung belastet, sollte man sich ambulante Unterstützung holen.

Wer kann helfen?

Eine gute erste Anlaufstelle ist die Hausärztin oder der Hausarzt. Sie oder er kennt den Betroffenen bereits und kann ihn bei Bedarf an eine Psychiaterin oder einen Psychologen überweisen. Letztere sind die Fachpersonen, die unmittelbar eine Behandlung durchführen können. Gespräche mit vertrauten Personen können hilfreich sein durch die ehrliche Rückmeldung zu bestehenden Symptomen.

Was kann man selbst dafür tun, um gesund zu bleiben?

Unter dem vielen, was man selbst tun kann, möchte ich besonders das Abschalten und Entspannen betonen. Hilfreich sind regelmässige Entspannungsübungen, zum Beispiel mit Hilfe von Apps (siehe Spalte rechts, Anm. d.R.).

Wenn ich bei einer Arbeitskollegin oder einem Arbeitskollegen das Gefühl habe, dass sich ein Burnout anbahnen könnte: Wie gehe ich am besten vor?

Erst mal ist es wichtig, nicht zu schnell Zuschreibungen zu machen. Nicht jede Gereiztheit ist ein Burnout. Diabetes kann zum Beispiel am Anfang ähnliche Symptome auslösen. Am besten fragen Sie die Person bei Gelegenheit, wie es ihr geht. Beschreiben Sie urteilsfrei, wie Sie die Person wahrnehmen, was Sie beobachten. Und ermutigen Sie sie, professionelle Unterstützung zu suchen.

WORKTIPP

WIE GEHT'S DIR?

Die Kampagne «Wie geht's dir?» wurde von verschiedenen Kantonen und der Stiftung Pro Mente Sana ins Leben gerufen. Auf der Website wie-gehts-dir.ch finden sich viele konkrete Tipps, um die Psyche zu stärken, dazu einen Selbstcheck und Adressen von Anlaufstellen – online und persönlich –, die professionelle Unterstützung bei psychischen Belastungen anbieten. Die gleichnamige App bietet konkrete Übungen, die helfen, die psychische Gesundheit zu stärken.



FACHÄRZTIN ELISABETH BALINT: «Wer nicht mehr entspannen und vom Job abschalten kann, sollte etwas ändern.» FOTO: ZHG

APPS

ATMEN Hilft

Kleine Sache, grosse Wirkung: Regelmässige Entspannungs- und Atemübungen haben einen nachweislich positiven Effekt auf das Stressempfinden und können bei Angststörungen helfen. Apps, die beim bewussten Atmen helfen sollen, gibt es viele. Fachärztin Elisabeth Balint empfiehlt zum Beispiel die App **Breath Ball:** Die Nutzenden folgen einem Ball auf seiner Bahn und atmen in ihrem Rhythmus ein und aus. «Die App ist kostenlos und auf das Wesentliche reduziert. Schon 15 Minuten täglich sind wirksam», so Balint. Weitere Entspannungs-Apps:

Medito: Das Non-Profit-Projekt finanziert sich durch Spenden und ist für Nutzende kosten- und werbefrei. Die englischsprachige App enthält geführte Meditationen, Atemübungen, Schlafgeschichten und Naturgeräusche.

Mydidation: Die deutschsprachige App bietet Meditationen, Kurse, Musik, Hypnosen, heilende Frequenzen und entspannende Hintergrundgeräusche. Ein Grundstock an Meditationen ist kostenlos nutzbar, Premiuminhalte sind nur mit Abo zugänglich.

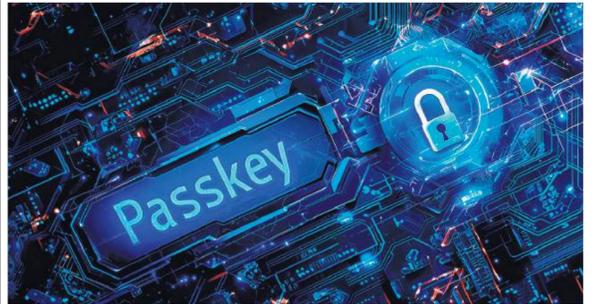
UCLA Mindful: Die App ist komplett kostenlos, und die Meditationen sind in verschiedenen Sprachen abrufbar, etwa in Englisch, Italienisch und Französisch, in Deutsch allerdings nicht. Das Angebot reicht von Grundmeditationen über Podcasts bis hin zu Videos zum Thema Achtsamkeit. (mk)

mit work, was einen gesunden Job ausmacht

fair zugehen»

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



MACHT DEM PASSWORT KONKURRENZ: Passkey bietet Vor- und Nachteile. FOTO: ADOBE STOCK

Online-Logins: Ist Passkey das Richtige für mich?

Wer sich bei einem Internetkonto anmeldet, braucht dazu normalerweise seinen Benutzernamen und ein Passwort. Bei vielen Programmen ist die Anmeldung inzwischen auch mit einem sogenannten Passkey möglich. Zum Beispiel bei Google, Microsoft oder Amazon. Passkey soll künftig das Passwort ersetzen. Mit Passkey wird das Internetkonto direkt mit einem bestimmten Handy oder Computer verbunden. Die Internetseite erkennt mittels Passkey, dass ein Benutzer das verbundene Gerät verwendet, und meldet diesen an – ganz ohne Passwort. Das funktioniert, weil beim Einrichten von Passkey Sie müssen sich kein Passwort mehr merken. Der Vorteil von Passkey: Sie müssen sich kein Passwort mehr merken. also eine sehr lange, komplexe Zeichenfolge. Der wird beim Anmelden mit einem zweiten Schlüssel verglichen, der auf der Website liegt. Passen sie zueinander, erfolgt die Anmeldung.

VORTEIL. Momentan kann man neben dem Passkey weiterhin auch ein Passwort verwenden. Lässt sich letzteres künftig abstellen, hat Passkey deutliche Vorteile: Sie müssen sich kein Passwort mehr merken. Zudem schützt der Passkey vor unbefugtem Zugriff auf Benutzerkonten durch gehackte oder gestohlene Passwörter. Auch das Anmelden auf gefälschten Internetseiten klappt dann nicht mehr, weil auf diesen Seiten der nötige Schlüssel nicht vorhanden ist.

NACHTEIL: Die Funktion ist an das verwendete Gerät gebunden. Ist dieses defekt oder wird es gestohlen, müssen Sie auf anderem Wege versuchen, Zugang zu Ihrem Konto zu erhalten. Zum Beispiel hilft es, einen Passkey auf mehreren Geräten zu erstellen. (MARC MAIR-NOACK)

PFAS sind in unseren Kleidern, Das müssen Sie

Kürzlich hat sich der Nationalrat für eine Deklarationspflicht von Produkten, die PFAS enthalten, ausgesprochen. Doch was ist PFAS überhaupt, und warum sollten wir uns Sorgen machen?

MARIA KÜNZLI

Sie sind in Outdoorbekleidung, Teflonpfannen, Backformen und Backpapier, Pizzakartons, Imprägniersprays, wasserfestem Make-up, Mascara und vielem mehr enthalten: Die PFAS, sogenannte Ewigkeitschemikalien. Kurz: Sie sind überall.

WAS IST PFAS? PFAS – per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen – sind wasser-, schmutz- und fettabweisende Stoffe. Sie sind chemisch besonders sta-

bile Verbindungen und zudem hitzebeständig. Das macht sie nützlich für sehr viele Alltagsprodukte. Seit den siebziger Jahren werden PFAS weltweit eingesetzt. Die Stoffgruppe umfasst mittlerweile mehrere Tausend Chemikalien.

WAS IST DAS PROBLEM? Die Stoffe sind praktisch nicht abbaubar, und viele von ihnen können sich in Pflanzen, Tieren und Menschen anreichern. Sie bleiben im Grundwasser, im Boden, im Körper. Und sie schaden der Umwelt und der Gesundheit. Denn einige PFAS sind erwiesenermassen krebserregend, andere stehen im Verdacht, gesundheitschädigend zu sein. Einige der Stoffe sollen das Immunsystem beeinträchtigen, für erhöhte Cholesterin-

im Grundwasser und nun auch in unseren Körpern alles über PFAS wissen

werte, Schilddrüsenkrankungen und Diabetes verantwortlich sein und bei erhöhter Konzentration im Körper die Entwicklung von Föten und Kindern beeinträchtigen. Allerdings gibt es noch zu wenige Daten, um die Gefahren von PFAS abschliessend beurteilen zu können. Drei PFAS-Stoffe (PFOA, PFHxS und PFOS) sind bereits weltweit verboten oder massiv eingeschränkt.

KANN ICH PFAS MEIDEN? Das ist schwierig, weil sie in so vielen Produkten enthalten sind und bisher nicht deklariert werden müssen. Achten können Sie auf Begriffe wie «fluoriert», «wasserabweisend» oder «schmutzabweisend» – dann sind sehr wahrscheinlich PFAS enthalten. Auch wenn es heisst, das

Produkt sei «PFOA-frei», ist das oft irreführend, weil es statt des verbotenen Stoffs einfach einen anderen PFAS-Stoff enthalten kann. Es gibt aber ein paar Strategien, um zumindest einige Produkte mit PFAS-Stoffen zu meiden (siehe Spalte rechts).

GIBT ES ALTERNATIVEN? Darüber sind sich Vertretende von Industrie und Forschung nicht einig. Die Industrie sagt weitgehend Nein, die Forschung Ja. Fakt ist: In einigen Bereichen, zum Beispiel bei Kühlschränken oder Klimaanlageanlagen, gibt es schon Alternativen, die sich bewährt haben. In anderen Bereichen wird noch geforscht, und positive Ergebnisse im Labor lassen zumindest hoffen. Aber bewährte Stoffe durch neue zu ersetzen ist immer auch ein Risiko

und vor allem mit finanziellem Aufwand verbunden – also in der Regel nicht im Interesse der Industrie.

WAS TUT DIE POLITIK? Die Politik kommt nur sehr zögerlich in die Gänge: PFAS sollen in Zukunft – in Abstimmung mit den Entscheider der EU – deklariert, mit Grenzwerten belegt und in der Verwendung eingeschränkt werden. Eine grossangelegte Studie des Bundesamts für Gesundheit mit 100 000 Freiwilligen wurde allerdings kürzlich aus Spargründen gekippt. Immerhin: Anfang September hat sich der Nationalrat knapp für eine Deklarationspflicht ausgesprochen. Nun ist der Ständerat am Zug, der hat seine Sonderdebatte zu PFAS allerdings verschoben.

IM ALLTAG

PFAS MEIDEN

Küche: Verwenden Sie Edelstahl-, Gusseisen- oder Keramikpfannen statt Pfannen mit Antihafbeschichtung.

Textilien: PFAS-freie Regen- und Sportkleidung kaufen, manche sind deklariert mit «PFC-free» oder «PFAS-frei».

Kosmetik: Naturkosmetik verwenden mit Bio-Siegeln (z. B. Natrue, Cosmos, Bio-Suisse). Viele synthetische Chemikalien sind hier ausgeschlossen, auch wenn PFAS nicht immer explizit genannt werden.

Ernährung: Frische Produkte verwenden, Fast-Food-Verpackungen meiden.

Kein Herbst ohne Kürbisse Die Riesenbeere

Kürbisse gehören zum Herbst wie das bunte Laub. Ein paar Fakten:

Kürbisse sind Beeren. Genauer gesagt: Panzerbeeren. Sie gelten als die grössten Beeren der Welt. Warum? Weil die Kerne frei im Fruchtfleisch liegen.

Spanien sei Dank. Anfang des 16. Jahrhunderts brachten spanische Seefahrer Kürbissamen aus Amerika nach Europa. In Mittel- und Südamerika gehörten sie schon vor 10 000 Jahren zu den Grundnahrungsmitteln der indigenen Bevölkerung. **Es gibt etwa 800 Sorten.** Ungefähr 200 davon sind essbar. Der Rest fristet sein Dasein als Zierkürbis.

Kürbisse sind gesund: Pro 100 Gramm enthält ein Kürbis nur etwa 25 Kalorien. Zudem enthält die Beere Ballaststoffe, viele Vitamine und Mineralien. Ausserdem liefern Kürbisse Antioxidantien, die Zellen schützen und Entzündungen hemmen können.

Warum heisst der Hokkaido-Kürbis so? Diese Sorte kommt tatsächlich ursprünglich aus Japan, genauer: von der Insel Hokkaido. Er wurde Ende des 19. Jahrhunderts aus amerikanischen Kürbissorten gezüchtet. **Der offiziell schwerste Kürbis** wurde 2023 an der Weltmeisterschaft im Kürbiswiegern (Kalifornien) gemessen: Er wog rund 1247 Kilogramm. (mk)



EINE DER QUELLEN: PFAS kommen häufig bei antihafbeschichteten Pfannen vor, doch es gibt Alternativen. FOTO: ADOBE STOCK

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 11
Das Lösungswort lautete: **BERUFSLEBEN**



DEN PREIS, je einen Coop-Gutschein à Fr. 50.-, haben gewonnen: Paul Krähenbühl, Winterthur; Bruno Morelli, Männedorf ZH; Werner Zollinger, Horgen ZH. Herzlichen Glückwunsch!

Sitzmöbel am Kamin			engl. Rockgruppe	Kochstelle, Ofen	Zustellungsart			Feuerkröte	besonders: vor ...	Skatbegriff	Moralphilosophie		engl.: Fledermaus		Die Zeit ... alle Wunden.	geflocht. Haare Mz.	nordwestdt. Fluss	kurzer engl. Gruss
Endlich mit Fast-... aufräumen								Grundstücke							Teil des Fusses			7
sächl. Fürwort			Ohrfeige für ...-Lädeler		Gerippe				4				Wasserlebewesen Mz.		Kosewort für Grossmutter			
Salze der Salpetersäure								Leberssekret		Gastronomen		das Ganze, insgesamt		3				Radioempfänger (engl.)
					Sport mit Lenkdrachen			bereit						5	Hüllen		behördl. Verfügungen	
flüssiger Kochrückstand			moral. Gesinnung		Kunsttöpfereiprodukt				6			Geschöpf		Rankengewächs				
diesig (dt.)	12							Nahrung im Mund zerkleinern		Fischmarder		wütend schimpfen						
															breite Faserschichten		frz. Artikel	
griech. Vorsilbe: aussen		unaufdringlich		techn. Hilfsmittel Mz.							US-Jazzmusiker † (Fats)		Hilfsgeistlicher					
Sinkkästen						Krankenhöhle		Hundeleiband		Geschäfte (engl.)						Kampfsplatz im Amphitheater		altes Wort f. jenseits
					ein-faches Boot	Fern-sprech-apparat							früh. Bedienstete bei Adligen		nord. Gott			9
best. Artikel (2. Fall)			Werkzg. z. Metallbearbeitung							zusammengehörnde Teile		heftig ziehen, reißen		1				
Haushaltsplan					Jupitermond	Auer-ochse		Getreidespeicher Mz.						10	kurz für: in dem		Personalpronomen	
Stillstand im Verkehr			Hang, Schräge Mz.									AHV geht's gut, AHV... in Wut						8
					skand. Währungs-einheit					Ein-fahrten					Wegnutzungsgebühr			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 16. Oktober 2025



Schon unterschrieben?
Wir sagen Nein zu noch mehr Sonntagsverkauf!

Jetzt Petition unterschreiben!





Die Hülle ist Programm

WANN August 2025
WO London UK
WAS Das schöne Design des Designmuseums London
 Eingesandt von Robert Stritmatter, Riehen BS

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

8 work 11. September 2025

Mutterschaftsstrafe: Mit dem Kind sinkt der Lohn

Bundesrat bestätigt Baby-Knick

Kinder sind für Mütter in finanzieller Hinsicht ein Desaster. Für Väter hingegen ein wahrer Lohn-Booster. Das bestätigt der neueste Bundesratsbericht.

MUTTERSCHAFTSSTRAFE
 Und immer noch belagern die Zahlen: Je älter oder mehrkinder, desto sinkt der Lohn. Das ist die Lohnstrafe für die Mütter.

MÄNNERLICHES PREMIUM
 Guter Lohn ist ein Lebensversicherungspol: Männer und Frauen, je älter sie werden, desto höher ist der Lohn. Das ist das Männerpremium.

MUTTERSCHAFTSSTRAFE
 Und immer noch belagern die Zahlen: Je älter oder mehrkinder, desto sinkt der Lohn. Das ist die Lohnstrafe für die Mütter.

MÄNNERLICHES PREMIUM
 Guter Lohn ist ein Lebensversicherungspol: Männer und Frauen, je älter sie werden, desto höher ist der Lohn. Das ist das Männerpremium.

WORK 11 / 11.9.2025: BUNDESRAT BESTÄTIGT DEN BABY-KNICK Die Kritik...

Frauen halten sich meistens nicht dafür zu verhandeln und sagen zu früh Ja zum Job – aus Angst, diesen nicht zu erhalten. Während Männer schon von Natur aus eher den Konflikt suchen und eher Pokern, auch mit dem Risiko, den Job nicht zu erhalten. Ich denke, das hat weniger mit Diskriminierung zu tun als mit der Unsicherheit und zu frühem Aufgeben. Und dann nach der Zusage jammern sie beim Partner, wie unfair das sei und bla bla bla.

JOKER_VSVS, VIA INSTAGRAM

...die Antwort

Joker_VSVS, gut verhandeln zu können ist sicher von Vorteil, aber Verhandlungsverhalten allein erklärt die Unterschiede nicht. Dazu gibt es Studien, die zeigen, dass Mütter nach der Geburt deutlich weniger verdienen. Väter profitieren dagegen oft («Fatherhood Premium»). Gründe sind

unter anderem Teilzeitarbeit, fehlende Betreuungsangebote und strukturelle Diskriminierung (vgl. Bundesrat 2023 Bericht zu Lohnunterschieden, OECD 2018, Kleven et al. 2019, The Child Penalty). Das Problem ist eben strukturell und nicht individuell.

PIRIPIRAT, VIA INSTAGRAM

DIVERSE BEITRÄGE ZU ACHT WOCHEN FERIEN FÜR LERNENDE Was für ein Gejammer

Und dann? Wenn sie die Ausbildung fertig haben, gibt es auch nur noch vier bis fünf Wochen Ferien im Jahr. Geht das Gejammer danach weiter? Wir hatten auch nur fünf Wochen Ferien im Jahr und haben daneben normal gearbeitet, sind in die Berufsschule gegangen und haben unsere Aufgaben erfüllt. Sorry, sage ich so offen meine Meinung. Hinzu kommt: Ein Betrieb muss es auch noch stemmen können, einem Lernenden acht Wochen Ferien zu gewähren.

BISUB7, VIA TIKTOK

Tut's weh?

Immer dieses «ja, früher doch auch so gschii oder schlimmer». Schön. Und? Muss immer alles genauso bleiben wie früher? Schmerzt es euch, wenn 15jährige, die vorher 13 Wochen Ferien hatten, plötzlich nicht nur noch 5, sondern 8 Wochen Ferien bekommen? Und übrigens: Dass Normalarbeitende in der Schweiz nicht mehr Ferien haben, liegt auch an euch. An all denjenigen, die an der Volksabstimmung Nein zu einem höheren Ferienanspruch gesagt haben.

ANILES, VIA TIKTOK

Gebt es ihnen

Mein Gott, gebt den Lernenden doch einfach die acht Wochen Ferien. Die Betriebe werden das verkraften. Wo kann ich unterschreiben?

GIACUMINGAMMA, VIA TIKTOK

WORKZEITUNG.CH / 15.9.2025: OBEN KLOTZEN, UNTEN KLECKERN Wir Untertanen

Lasst euch diese Summe mal im Munde zergehen: 19,2 Millionen Franken (Jahreslohn von Novartis-CEO Vasant Narasimhan, Anm. d. Red.). Wie viel verdient ein Bundesrat? Etwa 500 000 Franken, und er ist verantwortlich für die Menschen in diesem Land. Das Arbeitervolk sind die Untertanen, und derjenige, der so viel Geld hat – eben die 19,2 Millionen –, ist der König. Leider ist es bei den Arbeitgebern gang und gäbe, dass die Bützer keinen Lohn erhalten, der zum Leben reicht. Am 5. Juni ist im Blick ein Artikel erschienen, in

dem der Arbeitgeber-Boss Roland A. Müller ganz klar sagte: Löhne müssen NICHT zum Leben reichen. Da sieht man wieder, als was wir Bützer angeschaut werden. Als ihre Untertanen. Frechheit!

FRANZISKA RUTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

WORK 11 / 11.9.2025: 100 JAHRE NATURFREUNDE SCHWEIZ Kein Platz

Gut, dass work den Wandel der Naturfreundeorganisation Schweiz von einer proletarischen Kulturorganisation und politisch bewussten «Grünen» zu einem Wald-Feld- und Wiesenverein nachzeichnet. Ursprünglich spielte das Thema Sozialismus in dieser Organisation eine prägende Rolle – heute ja explizit nicht mehr –, und viele der Häuser entstanden in solidarischer Gemeinschaftsarbeit. Im Kalten Krieg nach 1946 rutschte man immer mehr nach rechts. Der Antikommunismus kam in Mode, und das nicht wegen Stalin. Meine Eltern wurden jedenfalls 1957 in Zürich ausgeschlossen, da war Stalin schon drei Jahre tot, und es hatte in der Sowjetunion so etwas wie Tauwetter eingesetzt. Das hatte aber die vom Smuv dominierte Arbeiterbewegung nicht mitbekommen. Da stellten selbst italienische «Gast»-Arbeiter eine kommunistische Gefahr dar und hatten eher keinen Platz bei den Naturfreunden.

RENÉ LECHLEITER, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



Monika Antenen-Künzle (54): Mit Kopf und Herz in der Alterspflege

«Mehr Lohn und mehr Seele braucht die Pflege»

Eine Kämpferin mit grossem Herzen für ältere Menschen: Monika Antenen-Künzle arbeitet seit 35 Jahren in der Alterspflege. Als Unia-Botschafterin setzt sie sich für bessere Arbeitsbedingungen und die Umsetzung der Pflegeinitiative ein.

MARIA KÜNZLI | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Mit dem Herzen dabei zu sein sei das Wichtigste. Das sagt Monika Antenen-Künzle immer wieder. In ihrem Beruf heisst das: Anteil nehmen, in schwierigen Momenten da sein, nicht immer nur nach Schulschema handeln, sondern auch mal gesunden Menschenverstand walten lassen, Wertschätzung zeigen, sich Zeit nehmen. Wobei gerade letzteres oft schwierig ist, weil einfach zu viel zu tun ist und Personal-mangel herrscht. Monika Antenen-Künzle arbeitet in der Alterspflege, seit sie 19 Jahre alt ist. Im Spital Münsterlingen TG hatte sie die einjährige Ausbildung zur Spitalgehilfin absolviert, die es so nicht mehr gibt. Deshalb verfügt sie über keinen EBA- oder EFZ-Abschluss. Heute ist die 54jährige als Pflegeassistentin in einer 80-Prozent-Anstellung für die Senevita AG angestellt.

PFLEGEHERZ. Monika Antenen-Künzle liebt ihren Beruf, das ist ihr anzusehen, wenn sie davon erzählt – von ihrem «Pflegeherzen», das besonders für ältere Menschen schlägt. Manche von ihnen blickten gelassen und dankbar, andere bereuend und verzweifelt auf ihr Ende, erzählt sie bei einem Kaffee in ihrer Wohnung in Bern Bethlehem. Dann ist Monika Antenen-Künzle da, hört zu, hält die Hand und spendet Trost. Als Pflegeassistentin ist sie für die Körperpflege der Bewohnerinnen und Bewohner zuständig, geht ihnen beim An- und Ausziehen sowie beim Essen zur Hand. Zudem wechselt sie die Bettwäsche, räumt das Zimmer auf, lüftet und unterstützt die diplomierten Pflegekräfte. Dank ihrer 35jährigen Erfahrung hat sich Monika Antenen-Künzle einiges an Know-how angeeignet und sich regelmässig weitergebildet. So reicht ihr Fachwissen im pflegerischen Bereich weit über das hinaus, was von einer Pflegeassistentin für gewöhnlich erwartet wird und was manch jüngere Berufskolleginnen und -kollegen mit ähnlicher Ausbildung mitbringen. «Deshalb ist es mein Wunsch, die Ausbildung zur Fachfrau Gesundheit nachzuholen», sagt die gebürtige Ostschweizerin. Auch wenn das in ihrem Fall bedeutet, dass sie nochmals komplett von vorne anfangen muss. «Als Fachfrau Gesundheit hätte ich mehr Verantwortung, könnte meine Erfahrung mit einbringen. Und ich wäre besser bezahlt.» Ihren derzeitigen Lohn möchte Monika Antenen-Künzle lieber nicht nennen. Aber er liege ein gutes Stück unterhalb der Empfehlung des Pflegeverbands. Diese

beträgt 5250 Franken brutto im Monat für eine 80-Prozent-Anstellung, bei gleicher Erfahrung und vergleichbarer Qualifikation. «Mein Mann und ich leben bescheiden, deshalb reicht der Lohn gut zum Leben. Trotzdem finde ich, dass unser Beruf angesichts dessen, was wir leisten, mehr Wertschätzung verdient hat. Auch in Form von besseren Löhnen!» sagt sie kämpferisch. Denn das hat sie ebenso: ein Kämpferinnenherz.

WARE UND ROBOTER. Dieses Kämpferinnenherz setzt sie auch als Unia-Botschafterin ein, Gewerkschaftsmitglied ist sie seit 2024. Monika Antenen-Künzle kann ganz genau sagen, was sich im Pflegebereich ändern müsste: «Es braucht einen Gesamtarbeitsvertrag, bessere Arbeitszeiten, weniger Stress, mehr Personal, mehr Zeit, mehr Lohn und mehr Seele – gerade in der Langzeitpflege.» Denn die Seele könne unter dem massiven Zeitdruck verloren gehen, und dann bestehe das Arbeiten nur noch aus heruntergeraterten Handlungsabläufen: «So wird der pflegebedürftige Mensch zur Ware und das Pflegepersonal zu Robotern. Das darf doch einfach nicht sein!»

So ist für Monika Antenen-Künzle auch klar, dass sie am 22. November gemeinsam mit den Gewerkschaften auf die Strasse geht und sich der Kundgebung für eine sichere Gesundheitsversorgung, für angemessene Arbeitsbedingungen und die Umsetzung der Pflegeinitiative anschliessen wird. Den Tag hat sie sich bereits freigenommen und ihren Arbeitgeber darüber informiert, dass sie an der Demonstration teilnehmen werde. «Noch ist nicht

klar, wie die Verbesserungsvorschläge der Pflegeinitiative finanziert werden sollen. Das muss schnellstens geklärt werden, und das Parlament muss die Initiative endlich umsetzen.»

DANKBARKEIT. Trotz allem, was sich für das Gesundheitspersonal dringend ändern muss, arbeitet Monika Antenen-Künzle nach wie vor gerne in der Alterspflege. Sie arbeitete bereits in verschiedenen Institutionen und einmal als Angestellte in einem Privathaushalt – das sei die beste Stelle ihres Lebens gewesen, verrät die Wahlberechtigte. «Ich pflegte während fünf Jahren einen Mann bei sich zu Hause und konnte in Zu-

sammenarbeit mit der Spitex und dem Hausarzt einige pflegerische Aufgaben übernehmen. Die Familie hat mir viel Vertrauen entgegengebracht, und es war schön, den Mann in seinen letzten Jahren eng zu begleiten.» Überhaupt komme von den Menschen, die sie jetzt betreue, viel Dankbarkeit und Wertschätzung zurück. «Es ist mir wichtig, wie es den Menschen auf meiner Abteilung geht, und das spüre sie. Ich begegne ihnen mit Respekt und versuche, sie zum Lachen zu bringen. Wenn ich aus den Ferien zurückkomme, haben manche schon gesagt, dass sie mich vermissten.» Das sei wunderschön zu hören – und entschädige für vieles.



Alle zur grossen **Pflegedemo** am 22.11. in Bern! Infos unter rebrand.ly/pflege-demo

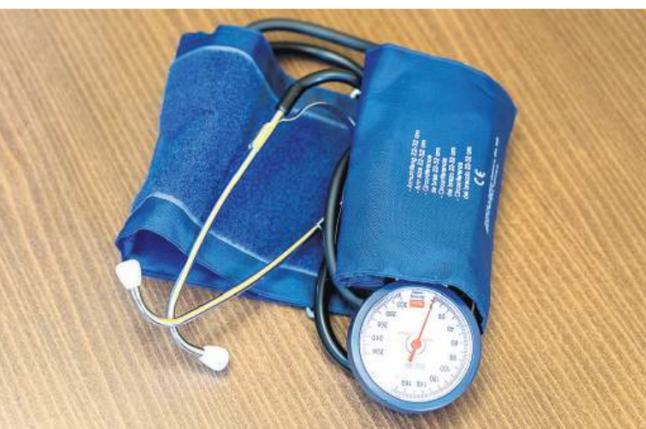
MONIKA ANTENEN-KÜNZLE

AUCH PRIVAT EINE HELFERIN

Dass sie in medizinischen Notsituationen ruhig bleiben und besonnen reagieren kann, hat Monika Antenen-Künzle auch im Privatleben schon mehrfach bewiesen. So hat sie für ihren Mann wie auch für eine Nachbarin mehrere Male rechtzeitig die Ambulanz gerufen, hat ihrem Vater, der im Frühling 2025 gestorben ist, auch mit medizinischem Rat zur Seite gestanden und mehrmals im Spital sowie im Seniorenzentrum für ihn gekämpft, für einen verlängerten Aufenthalt im Spital, für Palliativmedikation.

AUFGABENTEILUNG.

Monika Antenen-Künzle lebt mit ihrem Mann in Bern Bethlehem. Der Tod ihres Vaters habe sie schon ein bisschen ängstlicher gemacht. Denn: «Mein Mann ist auch schon 80 Jahre alt.» Aber vor 14 Jahren sei es Liebe auf den ersten Blick gewesen, sagt sie und strahlt. «Wir geniessen unsere gemeinsame Zeit sehr und unterstützen uns gegenseitig.» So schmeisst ihr Mann den Haushalt, kocht, putzt, bügelt und hält Monika Antenen-Künzle zu Hause den Rücken frei. Ihre gemeinsame freie Zeit verbringen sie grösstenteils zusammen, spazieren, trinken Kaffee oder «faulzen».



DAS «WERKZEUG» VON MONIKA ANTENEN-KÜNZLE: Desinfektionsmittel, ein Blutdruckmessgerät mit Stethoskop und Handschuhe aus Latex.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Daniel Behruzi, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Peter Stäuber, Clemens Studer, Reto Wyss. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold, sekretariat@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.